

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 M. Eingetragen in die Postverzeichnisse Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Wey, Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluß: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluß 5 22 81.

Abbau oder Aufbau der Sozialversicherung?

Im Zeichen des Ausbaus der Sozialversicherung verrichtet die Krankenkasseninternationale ihre Arbeit. Auf der Ausschusssitzung, die unlängst in Genf stattfand, konnten die großen Erfolge festgestellt werden, die die Idee der Pflichtversicherung überall erzielt. Das Konkordat der schweizerischen Krankenkassen stellte ebenso wie der schwedische Kassenverband die Förderung der Zwangsversicherung auf, obwohl gerade in diesen Ländern die freiwillige Sozialversicherung zu nicht unbedeutenden Ergebnissen führte, indem beispielsweise in der Schweiz 62,4 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung von der freiwilligen Krankenversicherung erfasst werden. Auch in Belgien, wo die sozialistischen Hilfsvereine eine beachtenswerte Tätigkeit entfalten, wird ein energischer Kampf um die Einführung der Pflichtversicherung geführt, von der man eine zielbewusste Sozialhygiene und Gesundheitsfürsorge erwartet.

Die Ratifizierung der Übereinkommen, in denen für die Pflichtversicherung gewisse minimale Forderungen aufgestellt werden, schreitet ebenfalls vorwärts. Das Krankenversicherungsübereinkommen wurde unlängst von Österreich ratifiziert, so daß damit die Zahl der Staaten, die das Übereinkommen ratifizierten, auf fünf gestiegen ist. Das internationale Übereinkommen betreffend die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeiter bei Entschädigung infolge von Betriebsunfällen wurde bisher in 21 Staaten ratifiziert.

Während so die Idee der Zwangsversicherung, die zuerst in Deutschland Wurzel faßte, in steigendem Maße zu internationaler Geltung gelangt, verdichten sich in Deutschland die Angriffe der sozialen Reaktion gegen die Sozialversicherung. Anhänger der Wirtschaftspartei und der Deutschnationalen Volkspartei machen für den Gedanken des Sparzwanges Propaganda. Der Wiesener Professor Hornegger führte in seinem Vortrage in der Handelskammer für den Wuppertaler Industriebezirk aus, daß Kranken- und Unfallversicherung mächtiger Kommunismus seien. Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände leitete eine Massenaktion gegen die Sozialversicherung ein, und im Mittelpunkt der „etatskritischen“ Betrachtungen des Hansabundes steht die Sozialversicherung, deren Abbau der Hansabund empfiehlt. Durch die Gründung neuer Innungskrankenkassen, die von gewissen Unternehmerkreisen betrieben und von manchen Oberversicherungsämtern und vom preussischen Wohlfahrtsminister unterstützt wird, erfährt die Krankenversicherung, die ohnehin zersplittert ist, eine noch größere Zersplitterung.

Der Hansabund fordert in seiner Denkschrift unter anderem die Streichung der Reichszuschüsse zur Familienwochenhilfe. An eine Streichung der Wochenhilfe kann man jedoch überhaupt nicht denken. Wie eine Erhebung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen unter seinen Mitglieds-kassen beweist, haben dank der Wochenhilfe 93 Prozent der erfassten versicherten Wöchnerinnen ihre Säuglinge stillen können. Auf dem Gebiete der Schwangerenunterstützung sind keine ähnlich schönen Erfolge zu verzeichnen. Aber 60 Prozent der Schwangeren haben auch in den letzten vier Wochen gearbeitet, was nur mit der geringen Höhe der Schwangerenunterstützung zu erklären ist. Deshalb fordert folgerichtig der Vorstand und Beirat des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen die Erhöhung des Wochengeldes Pflichtversicherter auf 85 Prozent des Grundlohnes für sechs Wochen vor der Entbindung, solange die Erwerbstätigkeit eingestellt ist. Die Abschaffung des Reichszuschusses würde nur eine größere Belastung der Wirtschaft herbeiführen, da die Krankenkassen notgedrungen ihre Beiträge erhöhen müßten.

In der Nachkriegszeit müssen die Krankenkassen gegen einen hohen Krankensand ankämpfen. Diese Erscheinung ist teilweise mit der veränderten Altersstruktur der deutschen Bevölkerung zu erklären. Der Geburtenrückgang, der Geburtensausfall und die Menschenverluste des Krieges haben eine Steigerung der höheren Altersklassen in Industrie und Handwerk zur Folge. Damit geht eine Zunahme der Krankenhäufigkeit Hand in Hand. Wie Dr. Teleky's Abhandlung über die Krankheitsstatistik der rheinischen Krankenkassen zeigt, gelangt der Verlauf der Krankheitskurve bei Männern meist in den obersten Altersklassen zum Gipfelpunkt. Dazu kommt noch die Zunahme der Arbeit der Frauen, die in Industrie und Handwerk in der Regel eine größere Erkrankungs-häufigkeit aufweisen als Männer. Schon die Zunahme des Krankensandes, die teilweise wirtschaftlich bedingt ist, macht den Ausbau der Gesundheitsfürsorge notwendig. Die Richtlinien der Reichsregierung über die Gesundheitsfürsorge in der versicherten Bevölkerung trachten nicht nach einer Einengung, sondern nach einer Vertiefung und Erweiterung der Gesundheitsfürsorge. Besonders der Invalidenversicherung erwachsen durch die Richtlinien neue Aufgaben. Während die Kosten der Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten, die meist keiner dauernden Maßnahmen bedürfen, in der Regel den Krankenkassen zufallen werden, wird der Kostenaufwand der Tuberkulosebekämpfung, soweit ein besonderes Heilverfahren erforderlich ist, von der Invalidenversicherung getragen werden. Durch eine Drosselung der Zuwendungen des Reiches an die Invalidenversicherung würden die Richtlinien über die

Gesundheitsfürsorge undurchführbar. Aber auch die Förderung des Wohnungsbaues, wozu die Invalidenversicherung Hilfe leistet, und die Entlastung der Arbeitslosenversicherung würden durch den beabsichtigten Abbau der Invalidenversicherung eine starke Einbuße erleiden. Die Lage der Invalidenversicherung erheischt aber auch aus anderen Gründen keinen Abbau, sondern einen Ausbau. Aus der Denkschrift der Regierung über die Entwicklung der Finanzen der Invalidenversicherung geht hervor, daß in der Invalidenversicherung nur bis zum Jahre 1933 Überschüsse zu erwarten sind. Die Fehlbeträge nach 1933 werden rasch steigen und im Jahre 1938 jährlich etwa 385 Millionen Reichsmark erreichen. Ohne Aufbau weiterer Lohnklassen ist die Deckung dieser Fehlbeträge kaum möglich. Die Zusage der Regierung, daß zu

des Reichsarbeitsministeriums wird die Aufstellung eines einheitlichen Versicherungsträgers geplant für alle der Unfallversicherung neu unterstellten Betriebe und Personenkreise.

Der Kampf der Unternehmer und ihrer wissenschaftlichen Hornessers gegen die Sozialversicherung ist einfach der Klassenkampf, ist der Kampf um die vorweggenommene Arbeit, also um den Mehrwert. Die nächsten Reichstagswahlen werden hoffentlich den Feinden der Sozialpolitik einen Strich durch ihre reaktionäre Rechnung machen.

Wer arm ist oder viel Kinder hat, muß sich einschränken.

Die Untersuchungen des Statistischen Landesamts Hamburg offenbaren mit aller Deutlichkeit, daß diejenigen mit einem kleinen Einkommen sich mit einem geringeren Nährwert zufrieden geben oder die Nährstoffe, der der Körper bedarf, aus billigen Nahrungsmitteln decken müssen. Das gleiche ist der Fall bei denjenigen Haushaltungen, die eine zahlreiche Kinderzahl ihr eigen nennen. Folgende Zusammenstellungen lassen dies sehr deutlich in Erscheinung treten:

Einkommengruppen	Eine Vollperson verbrauchte täglich			
	Etweiß	Fett	Kohlenhydrate	Kalorien
bis 2500 RM.	64,83	94,87	380,58	2708
2501 bis 3000 RM.	73,39	109,65	381,24	2883
4001 bis 4500 RM.	76,97	107,27	419,44	3029
6001 bis 7000 RM.	77,93	109,52	420,46	3060
mehr als 7000 RM.	82,61	108,30	500,30	3391

Haushaltungen mit folgenden Vollpersonen	Eine Vollperson verbrauchte täglich			
	Etweiß	Fett	Kohlenhydrate	Kalorien
zwei	81,12	115,36	421,58	3134
drei	81,20	115,51	430,20	3170
vier	60,28	88,50	385,49	2642
fünf	69,23	98,62	394,98	2817
sechs	73,56	91,02	351,28	2543
seven	66,87	108,31	390,49	2887

Diese Zusammenstellungen lassen die Tatsachen mit solcher Wucht hervortreten, daß es nicht notwendig ist, noch viel Worte zu verlieren. Die niedrig Entlohnerten und die kinderreichen Familien werden in gleicher Weise betroffen. Bei beiden Gruppen mußten die Nährstoffe und Kalorien aus billigen Nahrungsmitteln, wie Fetten ohne Zucker, Kartoffeln, Brot usw., gedeckt werden.

Die Abfindung der Unfallrenten in der Praxis.

Der soeben veröffentlichte Bericht des Reichsversicherungsamtes über das Jahr 1928 bringt auch über diese Frage interessante Angaben. Nach diesem hat sich das Reichsversicherungsamt sehr häufig mit Streitigkeiten über die Kapitalabfindung beschäftigen müssen. Nicht weniger als 234 Versicherte haben die Hilfe dieser Behörde wegen ihrer Abfindung in Anspruch nehmen müssen. Das Reichsversicherungsamt sah sich veranlaßt, besondere Richtlinien über die Bearbeitung der Abfindungsanträge an die einzelnen Berufsgenossenschaften hinauszugeben. Ebenso wurden die Versicherungsträger aufgefordert, über die Zahl und Art der von ihnen erledigten Abfindungen dem Reichsversicherungsamt Bericht zu erstatten. Lieft man zwischen den Zeilen des Geschäftsberichtes, so muß der Verdacht auftauchen, daß in der Praxis die Bestimmungen doch nicht so gehandhabt werden, wie es notwendig ist, und daß sie oft zum Nachteil der Versicherten unrichtig angewendet werden. Diese Annahme wird bestätigt durch folgenden Abjaß, den wir dem Bericht wörtlich entnehmen:

„Ein Einzelfall gab dem Reichsversicherungsamt Veranlassung, bei einer Berufsgenossenschaft an Hand der Unterlagen sowie an Ort und Stelle eine eingehende Nachprüfung der Abfindungen aus den Jahren 1924 bis 1926 vorzunehmen. Es wurde hierbei festgestellt, daß in größerem Umfange die gesetzlichen Vorschriften nicht beachtet und Abfindungssummen willkürlich berechnet oder im Wege der Vereinbarung mit den Verletzten abweichend von dem gesetzlichen Tarif festgesetzt worden waren. Das Reichsversicherungsamt sah sich genötigt, hiergegen im Aufschlagswege einzuschreiten, die Nachzahlungen an die Verletzten zu veranlassen und Maßnahmen zu treffen, die eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse zu verhindern geeignet sind.“

Diese Zeilen sagen ganz klipp und klar, daß sich die betreffende Berufsgenossenschaft überhaupt nicht an die bestehenden Vorschriften gehalten hat, sondern eben Abfindungssummen nach ihrem freien Ermessen „bewilligt“ hat. Daß hierbei die Versicherten stets den kürzeren gezogen haben, geht daraus hervor, daß die Behörde „Nachzahlungen“ veranlaßt hat. Das Reichsversicherungsamt schreibt zwar, daß dies nur

Höhere

Einsicht in die sozialen Zeiterfordernisse darf man nicht voraussetzen bei Leuten, deren ganzes Denken vom privatkapitalistischen Streben beherrscht wird. Wer nie sein Brot sich selbst verdient, wer mit dem Dividendenberechtigungsschein zur Welt kam, dessen Denken kann nur kreisen um den Begriff

Dividenden,

und zwar immer höhere Dividenden. Komplizierteres Denken beforgen andere Leute gegen Bezahlung. Dieses bezahlte Denken muß sich selbstverständlich auch vorwiegend drehen um den Zentralpunkt „Dividendenhöhe“. Das Denken in Dividenden ist bei den genannten beiden Kategorien von Menschen schon zu einer fixen Idee geworden, deren Niederschlag etwa so lautet: Man soll

keine

Arbeitslosenunterstützung zahlen, denn das ist ein Unrecht. Viele Dividendenpapierbesitzer sind schon seit ihrer Geburt arbeitslos und haben doch noch nie Arbeitslosenunterstützung verlangt. Wenn die nur gelegentlich einmal Arbeitslosen keine Arbeitslosenunterstützung bekommen, werden sie recht vernünftig werden und ihre

soziale

Pflicht erfüllen: Sie werden sich um jeden Preis zur Arbeit anbieten; sie werden die viel zu hohen Löhne drücken; sie werden länger arbeiten wollen; sie werden freiwillig gelben Werkvereinen beitreten; sie werden fleißig arbeiten, wenn andere streiken. Die Dividenden werden steigen; die Kapitalisten können viel mehr Geld ausgeben als jeher, wodurch die ganze Wirtschaft gehoben wird. Man steht daraus, wir brauchen keine

Versicherung

für Arbeitslose. Das hat auch klipp und klar unser lieber Freund Herr Professor Klugschmuss festgestellt, und darauf können wir uns verlassen. Wir haben 20 Millionen Menschen zuviel, und deshalb können wir nicht zugeben, daß die verhungernenden Familien auch noch unterstützt werden sollen. Nur hohe Dividende kann uns retten.

künftig die über 1300 Millionen Reichsmark hinausgehenden Lohnsteuererträge den Zwecken der Knappschaffs- und Invalidenversicherung zugeführt werden, bedeutet einen erfreulichen Fortschritt. Nicht nur die Invalidenversicherung, auch die Angestelltenversicherung trägt zur Förderung des Wohnungsbaues bei. In der Angestelltenversicherung wurden einige Verbesserungen erreicht, indem eine einheitliche Wartezeit eingeführt wurde. In der Regel wurde die Wartezeit auf 60 Beitragsmonate herabgesetzt. Angestellten, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahre ununterbrochen arbeitslos sind, wurde ein vorübergehender Anspruch auf Ruhegeld gewährt.

Eine erhöhte Mitwirkung der Versichertenvertreter wird in der Unfallversicherung erstrebt. Der Ausschuß des DGB verlangt die Stärkung der Position der Betriebsräte bei Betriebsrevisions und die gesteigerte Teilnahme der Arbeiterschaft an der Arbeit der Unfallverhütung, die durch die Rationalisierung besonders zeitgemäß wurde. In einem Entwurf

bei einem Versicherungsträger vorgekommen ist. Wie mag es jedoch bei den übrigen Berufsgenossenschaften stehen?

Dieses Vorkommnis beweist wieder einmal zur Genüge, daß die Berufsgenossenschaften reine Unternehmerorganisationen sind, die überhaupt kein Interesse an dem Wohlbefinden ihrer Versicherten haben. Es wird hier erst dann anders werden und erst dann ein anderer Wind wehen, wenn in diesem Versicherungszweig auch die Arbeitnehmer selbst irgendwelchen Einfluß ausüben können. Jedem Rentenempfänger ist auf Grund dieser Vorkommnisse zu empfehlen, in keine Rentenabfindung einzuwilligen, bevor er nicht mit seinem Gewerkschafts- oder Arbeitersekretär eingehend die Sache besprochen und sich Auskunft geholt hat. K1-3.

Die Schrecken eines Giftgaskrieges der Zukunft.

Wir müssen die Möglichkeit eines zukünftigen Krieges hauptsächlich danach abschätzen, ob in den einzelnen Ländern die Kräfte, die den Frieden wollen, stärker sind oder die, die den Krieg wollen. Die Schrecken des Krieges, und nun erst die Schrecken eines zukünftigen Gaskrieges, zeigen, heißt die Kräfte stärken, die den Frieden wollen. Deshalb soll man auch das jetzt im Verlage von Rader u. Co., Zürich, erschienene Buch von Major a. D. Endres beachten, in dem in ruhiger und sachlicher Weise untersucht wird, ob die Kriegsgefahren fortbestehen und wie ein neuer Krieg sich wahrscheinlich gestalten würde.

Die Bewegung für die Erhaltung des Völkerfriedens ist zwar bedeutend stärker geworden, seitdem die Menschheit den furchtbaren Weltkrieg erlebt hat. Die bösen Folgen dieses Krieges spüren heute noch deutlich alle irgendwohin in den Weltverkehr eingesperrten Völker. Deutschland leidet besonders schwer. Sehr bedeutungsvoll ist es aber, daß auch die Völker, die am Kriege nicht beteiligt waren, lange und schwer unter seinen Folgen leiden müssen. Das ist früher nicht in solchem Umfange der Fall gewesen. Wenn aber irgend etwas den Friedenswillen der Völker stärken kann, dann muß es doch diese Lasten sein. Der Kreis der Friedensfreunde muß auch in den nur indirekt vom Kriege betroffenen Ländern wachsen.

Aber es muß nicht der werdenden Kraft der harten Lebenskämpfe allein vertraut werden; die Menschen, die zukünftige Kriege verhindern wollen, müssen auch sich selbst und der Kraft ihres Friedenswillens vertrauen. Je mehr sie das tun, desto mehr werden sie dafür arbeiten, den Frieden zu erhalten. „Der Glaube kann Berge versetzen.“ Wenn der Weg zum sicheren Weltfrieden auch noch weit ist, so ist es doch falsch, immer nur die Hindernisse zu zeigen, die auf diesem Wege liegen. Viel richtiger ist es, auf das schöne Ziel zu weisen, das hinter diesen Hindernissen liegt. Diese Hindernisse liegen in den Menschen selbst, darum können sie überwunden werden. Goethe sagt: „Wenn wir die Menschen nur nehmen, wie sie sind, so machen wir sie schlechter; wenn wir sie behandeln, wie sie sein sollten, dann bringen wir sie dahin, wohin sie zu bringen sind.“ Darum sollen wir uns zu allen Menschen so einstellen, als wären sie vernünftig genug, den Frieden zu wollen, einsehenswillig genug, mitzuhelfen, für die Friedensidee zu arbeiten.

Die großen stehenden Heere, die umfangreichen Kriegsindustrien und die Herrschaft des Kapitals sind nach Endres die größten Gefahren für den Völkerfrieden. Die Kriegsindustrie hemmt sich gegen den Abrüstungsgedanken, verbindet sich mit dem Nationalismus jedes Landes, in dem sie arbeitet, und führt durch diesen und durch eine gekaufte Presse den Kampf gegen jede vernünftige Verständigungspolitik.

Ein kriegswehrender Faktor ist vor allem die sozialdemokratische Bewegung. Aber er ist noch nicht stark genug. Der Völkerfriede ist nach Endres noch kein solcher Faktor, inmerhin wirkt er kriegswehrend. Den Wert des Völkerfriedens soll man nicht unterschätzen. Kleine Staaten können gegen seinen Willen nicht mehr so leicht einen Krieg anfangen, und auch die großen Staaten sind friedlicher Verständigung mehr zugeneigt als früher. Major Endres zeigt in seinem Buch, daß die Kriegserfolge in allen Zeiten von dem strategischen Geiste der Ökonomie der Kräfte abhängig gewesen seien: Napoleon I. einer der größten Feldherren aller Zeiten, sagte: Die Kriegskunst besteht darin, auf dem Punkt, wo man entscheidend angreift oder selbst angegriffen wird, mehr Kräfte als der Gegner zu haben, selbst dann, wenn die Gesamtkräfte der eigenen Armee schwächer ist als die der Feindlichen.

Die Überlegenheit braucht nicht immer eine höhere Zahl von Streitkräften zu bedeuten, sie kann aus anderen Faktoren herrühren, besonders aus der besseren Bewaffnung.

Das strategische Geistes, an der entscheidenden Stelle stärker als der Feind zu sein, um zu siegen, wurde im Weltkrieg zum ersten Male über den Haufen geworfen. Major Endres schreibt: „Ein Napoleon I. auf deutscher Seite hätte noch mit den alten Mitteln der Strategie den Weltkrieg gewonnen. Im Anfang gewonnen! Aber schon im Laufe des Krieges konnte man da und dort feststellen, daß die numerische Überlegenheit durch eine Überlegenheit an mechanischer Kraft ausgeglichen wurde. Der kämpfende Mensch warf sich mit der Kriegsmaschine.“

Das Flugzeug und das Gas sind nach Endres im Zukunftskriege die entscheidenden Waffen. Er weist auch auf die bereits erfundenen Empfänger elektrischer Wellen hin, die ganz neue Wege der Kriegsführung zulassen: die drahtlose Lenkung abgeleiteter Torpedos und fliegender Flugzeuge mit Sprengstoff und Gas. Es heißt in dem Buch: „Alle Kriegsmaschinen, Traktoren, Geschütze, Flugzeuge, Verwäcker, Tanks und wie sie alle heißen, sind in den wenigen Jahren seit dem Weltkrieg so erschreckendlich verbessert worden, daß man ohne Übertreibung sagen kann: der technische Krieg, wie er in den Jahren 1914 bis 1918 geführt wurde, ist gegen den Stand der technischen Möglichkeiten von heute nur eine bescheidene Anfang gewesen.“ Diese Vermutung klingt durchaus glaublich.

Der Giftgaskrieg ist nach Artikel 23 der Haager Konvention von 1907 verboten. Und doch sind alle Regierungen der fremden Länder dabei, den modernen Krieg geradezu auf dem Giftgaskrieg aufzubauen. Die Industrie diktiert, und Gelehrte und Militärs sind nicht scharfsinnig genug, zu erkennen, daß sie nur Marionetten des Großkapitals sind. Die internationale Verknüpfung der Giftgasindustrie ist von Frau Dr. Wöcker in dem Buch „Der kommende Giftgaskrieg“ aufgedeckt worden. Sie sagt, daß der „Welt-Pulver- und Chemietrukt“ mit einem Kapital von 2,4 Milliarden Goldmark einen Krieg und Frieden in der ganzen Welt beherrschenden Dämon darstellt. Ein deutscher Professor hält beherrschendes Werk, „bereits in Friedenszeiten den notwendigen Zusammenhang zwischen Heer und chemischer Großindustrie aufrechtzuhalten, um den chemischen Kriegsdienst stets auf der Höhe zu halten.“

Das Kampfgas ist nicht lediglich Gas in physikalischem Sinne. Es enthält auch feste und flüchtige Substanzen, die als feinstes Pulver oder als Nebel in der Luft zerstäubt werden. Wenn diese in den menschlichen Körper eindringen oder sich in ihn hineinpressen, entstehen Verletzungen ganz anderer Natur, als sie Explosionsstoffe verursachen. Das Giftgas ruft chemische Veränderungen im menschlichen Körper hervor.

Bis jetzt unterscheidet man sechs Gruppen giftiger Kampfgase: die Blausäuregruppe, die Senfgasgruppe, die Arsengruppe, die

Die Luftmanöver der letzten Jahre haben überall einwandfrei gezeigt, daß die Verteidigung der Heimat sehr schwer ist. In England konnten von 250 Flugzeugen nur 16 am Abwurf der Gasgeschosse verhindert werden. Und schon ein paar Flugzeuge können ganz London vernichten. Gasförmige Räume herzustellen, ist unmöglich, wenn es sich um viele Menschen handelt; es ist kein wirksamer Schutz gegen Gasangriffe auf die Zivilbevölkerung denkbar.

Die Schwierigkeit der Verteidigung liegt nach Endres darin, daß die Abwehrkräfte sich über das ganze Land verteilen müssen, die Angriffskräfte aber konzentriert vorgehen können, wo und wann sie wollen. Es heißt in dem Endres'schen Buche: „Die Lage der Verteidigung wird so verzweifelt sein, daß ich annehmen möchte, man wird nach den ersten Erfahrungen überhaupt auf die Luftverteidigung verzichten und versuchen, statt dessen die feindliche Heimat anzugreifen. Es wird also ein furchtbares Weltmorden entstehen. Die Verluste an Menschenleben werden entsetzlich, die Zerstörungen an Kulturgütern gewaltig groß sein. Vergaste und verbrannte Städte werden von der verzweifeltsten Bevölkerung verlassen werden; Hungersnöte und Seuchen werden auftreten. Ich sage nichts gegen den Krieg an den Seeresfronten. Das Furchtbare und Entsetzliche der neuen Gaskriegsführung ist die sich aus verschiedenen Umständen ergebende Änderung des Kriegszieles, ist der Massenmord am feindlichen unbewaffneten Volke.“

So die Menschheit bitter anklagend, kommt Major Endres zu folgendem Schluß: „Die neue Kriegsführung wird einer systematischen Vertierung des Menschengeschlechts gleichen. Vielleicht ist der kommende Krieg das Gericht einer mißhandelten und verkümmerten Natur über ein Gesindel, das sich Menschen nennt!“

Es muß alles geschehen, um die Ursachen des Krieges zu beseitigen. Es muß vor allem das Denken und Urteilen der Menschen über wirtschaftliche und gesellschaftliche Fragen umgebildet werden. Verträge usw. können allein den Frieden nicht sichern. Die größte Kriegsgefahr liegt im Kapitalismus. Er muß überwunden, durch die Gemeinwirtschaftsform ersetzt werden, die die ehrlich Schaffenden verbindet und die Eier nach Gewinn und Besitz und damit auch den Krieg zwecklos macht. A. S.

Dividendenschlucker und arme Schlucker.

Die Drohnen in dem Bienenstock,
Die führ'n ein fürstlich Leben;
Sie sorgen nicht um Dach und Brot —
Die Bienen müssen 's geben.
Doch allgemach erschöpft sie sich
Auch die Geduld der Bienen;
Sie werden müd', ein faul Gezücht
Gehorsamt zu bedienen.
Dann spricht ein rascher Volksbeschuß
Der Drohnenwirtschaft Ende; —
Ein Bienenbrach, der würdig ist,
Daß er — Verbreitung fände.

Ludwig Richard Zimmermann.

Spreng- und Brandgasgruppe, die kränkerregenden Gase und die lungenbeschädigenden Gase. Es ist mit weiteren Neuerfindungen zu rechnen.

Die Wirkung der Giftgase ist sehr verschieden, aber bei allen Arten im höchsten Grade schrecklich. Es werden Ablösungen des Nervensystems und der Atmungsorgane hervorgerufen, die Hornhaut des Auges wird angegriffen, es treten Erblindungen ein; weiter gibt es Giftgase, die erstickend und entzündend auf die Schleimhäute wirken und die Haut zerfressen. Es gab bereits im Weltkrieg Senfgas, das die Augen schon bei Verdünnungen von 1 zu 14 Millionen stark angriff. Seit Kriegsende ist die Wirkung dieses Gases noch ganz gewaltig gesteigert worden. Das Senfgas vernichtet die Zellen des menschlichen Körpers widerstandslos. Das Phosgen ist ein ebenso schreckliches Gas. Ganz geringe, kaum wahrnehmbare Mengen können schon tödliche Vergiftungen hervorrufen. Der Tod tritt meistens unter fürchterlichen Erscheinungen ein. Gegen viele Kampfgase ist die Gasmaske wirkungslos. Der Amerikaner Dr. Adams hat ein Gas erfunden, das schon bei einer Verdünnung von 1 zu 30 Millionen in kürzester Zeit Verwundete tödete. Es dringt durch den Filter der Gasmaske und ist auf eine sehr leichte Weise herzustellen. Ein anderes fürchterliches Giftgas wollten die Amerikaner schon im Weltkrieg anwenden, wozu es glücklicherweise nicht mehr gekommen ist. Es gehört zur Arsengruppe und wird Lemmit genannt. Es sollte von Flugzeugen wie ein Lan auf die Truppen gefenkt werden; deshalb bezeichnete man dies Gas noch als „Lan des Todes“. Sei der Verwendung des Weltkrieges sind Kampfgase erfunden worden, die noch 50- bis 100mal wirksamer sind als die damals bekannten.

Die schon jetzt vorhandenen Giftgase wirken weit furchtbarer, als die Presse, besonders die Fachpresse, es darstellt. Der Schutz durch Masken ist höchst unzuverlässig. Ein englischer Fachmann, Major Ape, berichtet über Versuche mit einem auf Arsenverbindungen beruhenden Gas, das die sehr ausgedehnte 8-Millionen-Stadt London in kürzester Zeit vernichten könnte. Tausend Gas-erzeuger je 5 Pfund könnten das ganze gewaltige Gebiet Londons in 20 Minuten einhüllen. Ein gewöhnliches Flugzeug kann schon je 600 Gaserzeuger mitnehmen, Halte- und Abwurfvorrichtungen sind nicht mehr nötig. Der amerikanische Major Giles sagt, daß die Waffe des Giftgases sich seit drei Jahren in einer Weise entwickelt habe, wie keine Nation es voraussehen konnte. Im Seekriege und in der Küstenverteidigung würde in Zukunft das Gas entscheidend sein.

Da der Krieg der Zukunft in noch weit höherem Grade ein technischer sein wird als es der Weltkrieg schon war, wird nach Major Endres ein intensiver Vernichtungskampf gegen die Erzeugungsstätten der chemischen und chemischen Kriegswaffen geführt werden. Man wird alle für den Kriegsbedarf arbeitenden Stellen und alle wichtigen Verkehrspunkte zu vergasen suchen. Der englische Oberst Willers-Ewart ist der gleichen Ansicht.

Frauenfragen.

Schwangerschaft, Zähne und Ernährung.
Während jeder Schwangerschaft werden an den Körper durch den Kalbedarf des wachsenden Kindes erhebliche Anforderungen gestellt und das Kind deckt seinen Bedarf nötigenfalls aus den Knochen und Zähnen der Mutter. Wird diesen veränderten Verhältnissen nicht genügend Rechnung getragen, so kommt es leicht zu Schädigungen des Knochenystems und der Zähne der Mutter. Daher hat die Arbeitsgemeinschaft der Württembergischen Krankenkassen-Verbände gemeinsam mit Fachärzten der betreffenden Gebiete ein Merkblatt unter dem Titel „Schwangerschaft, Zähne und Ernährung“ herausgegeben, das in anschaulicher Weise entsprechende Ratschläge erteilt und auch im übrigen Deutschland weiteste Verbreitung verdient.

Jugendbewegung.

Schutz für die „Ungelernten“.
Der Bund „Entschiedener Schulreformer“ lenkt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die unerträglichen Zustände hin, welche auf dem Gebiete der „Berufsschule für ungelernete Berufe“ herrschen. Die ungelerten Jugendlichen sind in den meisten Städten mit 6-8 Stunden wöchentlich eingeschult. Da eine Verpflichtung der Arbeitgeber zur Bezahlung der Unterrichtszeit nicht besteht, erleiden die jungen Arbeiter einen Verlust von mindestens 3 bis 4 Mk. an jedem Schultag, zahlen also gewissermaßen ein Schulgeld von 120 bis 160 Mk. jährlich. Die Ungelernten stammen aus den wirtschaftlich schwächsten Schichten, für welche ein derartiger Lohnverlust nicht tragbar ist. Aus diesem Grunde findet in anderen Orten ein Unterricht von 4 bis 6 Stunden außerhalb der Arbeitszeit statt und büdet damit den jungen Menschen eine unerträgliche Arbeitslast auf. Während den Erwachsenen der Achtfundentag garantiert ist, muß man den Jugendlichen den 12-14-Stunden-Tag zu. Zur eigentlichen Arbeitszeit kommen die langen Schul- und Arbeitswege, die Unmöglichkeit des Mittagessens und Umziehens, die Nachschichten. Die Zeiteinteilung eines jugendlichen Fabrikarbeiters zeigt unter diesen Umständen folgendes Bild: Aufstehen 5 Uhr, halbfündiger Arbeitsweg, von 6 bis 14 Uhr Arbeitszeit, halbfündiger Schulweg, Unterrichtszeit bis 20 Uhr, Ankunft in der Wohnung 20 1/2 Uhr. Bis zu dieser Zeit kein Ankleben, kein Mittagessen. — Die gesetzlichen Jugendbeschäftigungen sehen Beschränkungen nur für Jugendliche bis zu 16 Jahren vor. Die 17jährigen Schulpflichtigen können also schon zur Nacharbeit herangezogen werden. Sind diese jungen Nacharbeiter für den darauffolgenden Morgen schulpflichtig, so bedeutet das ein ungeheuerliches Maß von Belassung. — Es kann nicht wundernehmen, daß trotz aufopferungsvoller Arbeit der Lehrerschaft die jugendlichen Berufsschüler der ungelerten Klassen durch diese Zustände veranlaßt werden, ihrer Schule Abneigung, ja Feindschaft entgegenzubringen. Das unsoziale Verhalten der Gesellschaft gegenüber diesen jungen Menschen, welche die körperliche und seelische Last der

Von der Traumdeutungskunst der Zigeuner.

Die mit unerschütterlichen Offenbarungen und mit allwissenden Voraussagen noch immer verirrten Naturvölker des Altertums besaßen auch für alles, was das dunkle Reich unerklärlicher Seelenkräfte betrifft, Kenntnisse, die im Laufe der Zeit verloren gingen und erst jetzt wieder mehr angekrebt werden. Auch die von der Romantik herüber in die Natur noch nicht zu sehr abgemilderten Naturvölker besaßen noch heute besondere Fähigkeiten magischer Art. Aber auch die Weisheitsgötter und die Traumdeutungen. So haben von jeher auch die Zigeuner Träume gedeutet und den Anwesenden gewisse Weisheiten beigelegt. Die Zigeuner (Zigener) können ihr Geschick sehr wunderbar bis auf die kleinste Einzelheit vorherzusagen und haben während dieser langen Zeit sowohl ihre Sprache als ihre Sprache, Sitten und Gebräuche und besonders auch die Kunst des Wahrsagens aus der Hand und die der Traumdeutung aufstarkend rein bewahrt. Bekannt ist ja, daß die Chironomide ausschließlich eine spezielle Kunst der Zigeuner war. Jedoch wie wurde früher über das Wahrsagen der Zigeuner geurteilt? Als Jamberti wurde diese zigeunerische Kunst hingestellt und verurteilt, die Zigeuner selbst lediglich als Betrüger und Schwärmer gebrandmarkt. Und heute? — da sind die Chironomide zur Wissenschaft ausgehoben. Wie mit dem Wahrsagen verhält es sich auch mit der Traumdeutungskunst der Zigeuner. Was alles her wurde die Traumdeuterei von den Zigeunern ausgeübt und gepflegt, und diese Kunst ist so alt wie das Zigeunertum selbst. (Hier, nach

alter. Der Herausgeber.) Die Zigeunerinnen aber, die von den Ausnahmen abgesehen, die gewiß zur Vorzeit mochten, an sich keine Betrügerinnen sind wie das landläufige Vorurteil will, sondern eine auffallende Gabe besitzen, Schicksalsfäden aus Träumen, so weit sich solche dafür eignen, zu ziehen — wie wurden sie verschrien und verpöbelt und ihre Kunst, Träume zu deuten, ausschließlich als Schwindel und Hokusokus erklärt! Jetzt aber, in unserer Zeit, wo die Gelehrten d. h. die Wissenschaft am Verborgenen, sich mit Erfolg auf die Nachprüfung akzeptier Erscheinungen verlegt, beschäftigen sich zahlreiche Fachmänner auch mit der Natur der Wahrheit und Wahrsagen, und die Beispiele, die auch einen oft wunderbaren Einfluß solcher Ränke und Gaben auf die Krankenheilung kennen, sind so zahlreich geworden, daß nicht wenige Ärzte die Hilfe des Okkultismus für ihre Praxis in Anspruch nehmen. Doch auch das Traumleben tief in das unerklärte Feld des Unbewußten reicht und besondere Fähigkeiten für seine richtige Bewertung voraussetzt, ist zweifellos. Was die Zigeuner betrifft, so legen sie nicht bloß auf angeborenen Geisteskräfte aus, sondern sie sind auch in ihrem Inneren überzeugt, daß alle Träume von Gott selbst kommen als eine frohnde oder warnende Stimme für die Menschen. Der Traum, von den Zigeunern auch „Gott“ geheißt, wird von ihnen noch mit dem schönen Namen „Awelesker Bergaben“ (wörtlich: Gottesgute) belegt. Schicksalhaft mögen einige zigeunerische Traumüber hier noch Platz finden. Apfel erkalten bedeutet Glück, Apfel essen aber Gefahr. Wühende Tanne zeigen bei Helenten Streit, bei Unversöhnten dagegen läßt Heil an. Zeit sehen ist Glück, im Zeit liegen Gefahr. Zeit tragen Verfolgung. Von Wiener Träumen verhandelt Janak und Streit solche liegen jeden eine Feindeshand. Tod große Freude.

Birnen essen guten Erfolg und Brücke Fortschritt. Drachen bedeuten Feindschaft, Droschen unverhofftes Geld, Dornen Verleumdung, und Donner hören gute Nachrichten. Ei künde Janak und Streit, Essig trinken guten Verdienst an. Fahren in jeder Lage aber Mißerfolg. Unglück in allen Unternehmungen hat, wer eine Frau liebt, mit ihr spricht oder sie küßt. Von Füchsen träumen bringt Gesundheit, die Füße wachen Krankheit. Hand prophezeit in allen Dingen Glück, Hans Unglück und Feuer. Gattin sehen Glück und Gatte Mißerfolg. Geld weiß auf Tränen und Weige auf große Freude. Von Händen angefallen werden: Todesgefahr. Hemd bedeutet nahen Schrecken, Jauchen und Jubeln Tränen. Kaiser und Könige zeigen große Freude an, Kühe und Rinder Reichtum und Glück in der Liebe. Viel Geld wird bekommen, wenn Rot, und gute Geschäfte wird machen, wer von Läufern träumt. Nehl verkündet Schrecken. Mühle Reichtum, Menschen und Mond Sorgen, dagegen Riegel Streit mit der Frau oder mit der Obern, während Ohr auf Trauer, Pfeife auf Zwietracht und Jörn pfeifen, bedeuten Pferde in jeder Beziehung höchstes Glück. Salz, Sterne und Sonne verheißten Freundschaft und Liebe, Schlange und Specht Verleumdung. Tausel sehen verspricht nahes großes Glück. Auch ihre Losen meinen es im Traume gut mit ihnen. Eine Uhr droht wieder mit schlechten oder traurigen Nachrichten. Von Vögeln und Wald träumen ist gut, von Zigeunern und Zopf aber böse. Wie sonst ein alter Volksglaube den Träumen in den „heiligen zwölf Nächten“ — 25. Dezember bis 6. Januar — eine besondere Bedeutung zuschreibt, so glauben auch die Zigeuner, daß die Träume in der Öfternacht sicher in Erfüllung gehen, wenn man abends vor dem Jabetagegen Fische ist. Und angenehm träumen wird, wer vor dem Schlafengehen grünen Salat genießt.

Fabrikarbeit im frühesten Alter zu fragen haben, bringt naturgemäß leicht im Jugendlichen eine oppositionelle Einstellung zur Gesellschaft hervor, welche in diesem Lebensalter von allergrößter Gefahr ist. Dabei ist die Berufsschule für die Ungelernten dazu berufen, eine der wichtigsten Glieder unseres Schulwesens zu werden. Die Schule der täglich sich vermehrenden Heere der berufslosen Fabrikarbeiter. Das essentielle Interesse muß sich dieser Schule und ihren Schülern zuwenden. Reichs- oder landesgesetzliche Regelungen müssen hier Wandel schaffen. Gegen die heutigen unerträglichen Zustände erhebt der „Bund Entschiedener Schulreformer“ scharfsten Protest.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Vortragskursus über Fragen der Arbeitspsychologie und Arbeitsphysiologie.

Gelegentlich der vom 25. Mai bis 8. Juni in Berlin im Deutschen Arbeiterschutzmuseum stattfindenden Ausstellung für Arbeitsschutz und Arbeitsschutz veranstaltet die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene in Gemeinschaft mit dem Deutschen Arbeiterschutzmuseum vom 27. bis 30. Mai einen Vortragskursus über arbeitspsychologische und arbeitsphysiologische Fragen. Im Rahmen des Kursusprogramms werden die grundsätzlichen Fragen der Wissenschaft und Praxis der Arbeitspsychologie und Arbeitsphysiologie behandelt, insbesondere die Probleme der Arbeitshaltung, der Ermüdungsbekämpfung durch entsprechende technische Einrichtungen, der Rationalisierung in ihrem Verhältnis zu den Fragen des Arbeitsschutzes, der Arbeitsplatzgestaltung und sonstige wichtige Fragen, die für die gesundheitsgemäße Gestaltung des Arbeitsprozesses von wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung sind.

Für die Vorträge hat das Reichsarbeitsministerium den Vortragsaal des Deutschen Arbeiterschutzmuseums zur Verfügung gestellt. Mit dem Kursus sind Betriebsbesichtigungen verbunden. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Platz der Republik 49, 1. Et. (Haus Offenbach).

Der Schutz des Weges zur Arbeitsstätte.

Die reichsgesetzliche Unfallversicherung unterstellt auch die Wege von der Wohnung des Arbeitnehmers in den verschiedenen Betrieben und von diesem in die Wohnung dem Versicherungsschutz. Unfälle, die sich auf dem Wege von der Wohnung zur Arbeitsstätte und umgekehrt ereignen, sind als Betriebsunfälle zu entschädigen. Das Reichsversicherungsamt hat eine große Anzahl von Streitfällen, die sich durch diese neue gesetzliche Bestimmung ergeben haben, entschieden. Der Weg von der Arbeitsstätte nach Hause endet regelmäßig nach allgemeinem Sprachgebrauch in der Wohnung. Zum Wege gehört deshalb jedenfalls auch die Treppe in Häusern mit einzelnen, in verschiedenen Stockwerken befindlichen abgeschlossenen Mietwohnungen. Verunglückt ein Unfallversicherter auf der Treppe, wenn er sich nach dem Betrieb begibt oder von Betrieb zurückkommt, so liegt auch in diesem Falle ein Betriebsunfall vor. Wird der Heimweg von der Arbeitsstätte im eigenen Interesse und zu privaten Zwecken des Versicherten unterbrochen und verunglückt er, so liegt jedoch kein Betriebsunfall vor, wenn diese Unterbrechung längere Zeit gedauert hat oder der Weg nicht unmittelbar von dem Betrieb in die Wohnung oder umgekehrt zurückgelegt wird. Besuch der Verunglückte z. B. auf dem Heimwege ein Wirtschaftshaus, so wird der Heimweg im Sinne des Gesetzes unterbrochen, wenn der Aufenthalt in der Wirtschaft von längerer Dauer war. Endet er jedoch nur vorübergehend eine Gaststätte auf, so ist der Heimweg noch als versichert nach dem Unfallrecht anzusehen. Weicht ein Versicherter von dem gewöhnlichen Wege nach und von der Arbeitsstätte ab, so wird dadurch der Zusammenhang mit dem Betrieb nicht gelöst, wenn es sich lediglich um eine für die Dauer des Heimweges unwesentliche Änderung handelt. Es ist ohne Bedeutung, ob der Weg zu Fuß oder mit irgendeinem Beförderungsmittel zurückgelegt wird. Auch diejenigen Handlungen, die sich unmittelbar aus der Benutzung eines Wagens ergeben, z. B. das Anschließen der Pferde, müssen als zum Heimweg gehörig erachtet werden. Unfälle, die sich durch Spielerei auf dem Heimwege von der Arbeitsstätte ereignen, sind jedoch nicht als Betriebsunfälle im Sinne des Unfallrechtes anzusehen. Wenn besondere Umstände den Unfallversicherter von dem Heimwege abbringen oder Ereignisse eintreten, die den Weg von und zur Arbeitsstätte erschweren, z. B. Überschwemmung des Weges, so wird es auf den Einzelfall ankommen, ob es sich bei einem entfallenden Unglück um einen Betriebsunfall handelt. Immerhin ist durch das neue Unfallrecht eine Lücke ausgefüllt, die von den Unfallversicherern bis zur Änderung des Unfallrechtes außerordentlich nachteilig empfunden wurde.

Die Krankenkassenzersplitterung.

Dass wir im Deutschen Reich zuviel Krankenkassen haben, hat sich allmählich herumgesprochen. Welche Auswirkung aber diese Zersplitterung hat, ist nicht so bekannt. Zwar weiß man, daß in Berlin über 200 Krankenkassen den Versicherten und Arbeitgebern die notwendige Übersicht unmöglich machen. Aber das sind eben Berliner Verhältnisse, die man nicht glaubt auf das Reich übertragen zu können. Daß es aber im Reich selbst nicht besser aussieht, ergibt sich z. B. aus den Magdeburger Verhältnissen. Magdeburg mit seinen 300 000 Einwohnern hat nicht weniger als 55 Krankenkassen. Davon hat die Allgemeine Ortskrankenkasse rund 85 000 Versicherte, 3 besondere Ortskrankenkassen zusammen 2850 Versicherte, 6 Innungskrankenkassen zusammen 6573 Versicherte, 25 Betriebskrankenkassen haben etwa 15 000 Versicherte. Dazu kommen 14 Ersatzkassen mit ungefähr 25 000 Versicherten und zum Schluß 6 Mittelstandskassen mit 4000 Versicherten. Alles in allem nicht ganz 150 000 Versicherte. Jeder Arzt muß 55 Rechnungsformulare auf seinem Schreibtisch liegen haben, um je nach der Kassenzugehörigkeit des Patienten sich das richtige Formular herauszusuchen und die Eintragung einer Leistung vorzunehmen. Man kann den Ärzten nicht verdenken, daß sie über das viele Schreibwerk, das durchaus vermeintlich wäre, verdrossen sind. Auch klagt die Ärzteschaft darüber, daß sie enorm viele Sahnungsbestimmungen im Kopf haben muß, was für manchen Arzt unmöglich ist. Jede Kasse gewährt natürlich andere Leistungen, vor allen Dingen in der Familienhilfe. Wenn man aber glaubt, daß nun bei den Kassen die Einsicht eingekehrt sei, dann irrt man sich. Im Gegenteil ist man auch in Magdeburg

drauf und dran, noch weitere Innungskrankenkassen zu errichten, um den Wirrwarr noch zu vergrößern. Am bedauerlichsten ist dies für die Versicherten, die wechselnde Beschäftigung haben. Sie kommen niemals dazu, sich nun wirklich mit den Bestimmungen der einzelnen Kassen vertraut zu machen. Was das heißt, wissen ja die Versicherten am besten. Wann endlich einmal wird auf diesem Gebiete Vernunft einkehren?

Wirtschaftliches.

Deutsche, kauft deutsche Ware!

Diesen Satz hat auch die Firma Opel, Autowerke in Rüsselsheim in Hessen, stets vertreten. Das werden wir ihr nicht. Aber diese Firma hat sich jetzt von der „General Motors“, einer mächtigen Autofirma der Vereinigten Staaten, aufkaufen lassen.

Aber die Umorganisation der Opelischen Automobilwerke bringt das Offenbacher Abendblatt einige bezeichnende Details. Es heißt da:

„Die Umorganisation der Opelwerke in Rüsselsheim hat bereits begonnen. Die General Motors will so schnell wie möglich das europäische Geschäft und den Wettbewerb mit Ford aufnehmen. Das untere Maingebiet erhofft von den Plänen der Amerikaner einen großen wirtschaftlichen Aufschwung. In den Opelwerken selbst sind große bauliche Veränderungen vorgesehen, die u. a. eine Verlegung der Staats-

Der kapitalistische Don Quichotte.

Alle Ökonomen, sobald sie das gegebene Verhältnis von Kapital- und Lohnarbeit, von Profit und Arbeitslohn besprechen und dem Arbeiter beweisen, daß er keinen Anspruch habe, an den Chancen des Gemeinns teilzunehmen, ihn überhaupt über seine untergeordnete Rolle gegenüber dem Kapitalisten beruhigen wollen, heben ihm gegenüber hervor, daß er im Gegensatz zum Kapitalisten eine gewisse Fixität des Einkommens, mehr oder weniger unabhängig von den großen Wagnissen des Kapitals, besitzt. Ganz wie Don Quichotte den Sancho Panza tröstet, daß er zwar alle Prügel bezieht, aber auch nicht nötig hat, tapfer zu sein.

Karl Marx (Das Kapital, III.)

bahn und des Staatsbahnhofes notwendig machen. Außerdem ist ein großzügiges Bauprogramm für Arbeiter- und Beamtenwohnungen im Südosten Rüsselsheims geplant. Hierzu soll die General Motors 10 Millionen Mark ausgeworfen haben. Bis zu welchem Zeitpunkt diese Pläne und Veränderungen Wirklichkeit werden, ist nicht bekannt.

Eine große Änderung springt jedem Besucher des Bureaugebäudes schon jetzt deutlich ins Auge. Seit Jahr und Tag befand sich im Empfangsraum ein großes Schild mit der Aufschrift „Deutsche, kauft deutsche Waren!“ Das Plakat ist entfernt worden und mit ihm ein zweites, schwarzweißrot umrandetes, auf dem zu lesen stand, daß die Firma Adam Opel Lieferanten, die in ausländischen Automobilen vorkommen, nicht empfängt. Als Mister Sloan 120 Millionen Mark in amerikanischen Wagen anschleppte, hätten die beiden Plakate zweifellos geschäftsfördernd wirken können.“

Die Auswirkungen des technischen Fortschritts gehören der Gesamtheit.

Die elektrische Energie erobert ein Arbeitsgebiet nach dem anderen. Jetzt hat man sogar Apparate erfunden, die das elektrische Läuten von Kirchenglocken ermöglichen. Nach der „Fr. Ztg.“ betragen die Lohnkosten beim Läuten der drei Glocken des Magdeburger Doms für 17 Mann etwa 25 Mk. Ein gleich langes Geläut (6 bis 7 Minuten) mit elektrischen Läutemaschinen kostet jetzt 15 Pf. Strom. Selbst wenn man die Kosten der Apparate und die Aufstellung derselben mit berücksichtigt, so ergibt sich, daß durch die Mechanisierung eines Arbeitsvorganges wesentliche Ersparnisse erzielt werden. Nur wird die Frage dabei nicht gelöst, wie die so herbeigeführte Kaufkraftsenkung ausgeglichen werden soll.

Der Fleischverbrauch in Deutschland.

Die Denkschrift des Reichsernährungsministeriums zur Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms bringt Angaben über den Fleischverbrauch in Deutschland. Die Angaben zeigen, daß der Fleischverbrauch jetzt zum erstenmal den Verbrauch im gleichen Zeitraum der Vorkriegszeit übersteigt.

Der Fleischverbrauch ohne Hauschlachtungen betrug im ersten Vierteljahr 1928 12,41 Kilo pro Kopf der Bevölkerung, gegenüber 10,98 Kilo im gleichen Zeitraum des Durchschnitts der Jahre 1911 bis 1913. Während im ersten Vierteljahr 1927 insgesamt 3 950 202 Schweine geschlachtet wurden, im Vergleich zu den Schweineschlachtungen des ersten Vierteljahres 1913 also noch eine Differenz von 60 113 bestand, sind in derselben Zeitpanne dieses Jahres 5 346 350, das heißt also 1 396 035 Schweine mehr als im ersten Vierteljahr 1913 geschlachtet worden. Diese enorme Zunahme der Schweineschlachtungen ist einerseits auf die stark gesunkenen Schweinepreise, andererseits auf die stetig zunehmende Verfeinerung der Nahrung zurückzuführen. Dies beweist auch die erhebliche Zunahme der Schlachtungen von jungen Kindern (192 509 gegenüber 178 296) sowie von Säuglingen (1 040 590 gegenüber 937 517). Die Einfuhr von Frischfleisch, Speck und Fleischwürsten, die im ersten Vierteljahr 1927 noch 648 297 Doppelzentner im Werte von 72 911 000 Mk. betrug, ist im ersten Vierteljahr 1928 auf 464 725 Doppelzentner im Werte von 50 461 000 Mk. zurückgegangen. („Der Landarbeiter“)

Gewerkschaftliche Nachrichten.

„Zerkörung der freien Gewerkschaften.“

(Feststellung eines KPD-Redakteurs.)

„Der Führer der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion in Düsseldorf, Redakteur der „Düsseldorfer Kommunistischen Zeit“, Oehl, ist aus der KPD. ausgeflogen. In einem Schreiben teilt Oehl u. a. mit:

„Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der kommunistischen Partei Deutschlands. Die Beschlüsse des 4. KPD-Kongresses bedeuten in ihrer Konsequenz den Kampf der kommunistischen Partei mit Hilfe der Unorganisierten gegen die freien Gewerkschaften. . . . Karl Marx rief die Arbeiterschaft zu: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Die Taktik der kommunistischen Partei führt zur Selbstzerfleischung der Arbeiterschaft und der beabsichtigten Zerkörung der freien Gewerkschaften, der Grundlage, auf der allein die Einheitsfront der Arbeiterschaft gebildet werden kann. Wer die Einheitsfront der Arbeiter bekämpft, handelt konterrevolutionär. Die neue Linie der Thälmann und Neumann ist noch verbrochener als der ultralinke Kurs von 1924/25, der durch den Caki-Brief als unmarginalistisch und unleninistisch verurteilt wurde. . . . Der Kampf der Opposition innerhalb der kommunistischen Partei ist aussichtslos. Er hat lediglich „den Ausschluß der besten Klassenkämpfer geführt, während Lumpenproletarier in die Partei aufgenommen wurden und darin ihr Unwesen treiben. . . . Die kommunistische Partei ist nur noch das Zerrbild der von Lenin, Luxemburg und Liebknecht begründeten Partei. Nach Feststellung dieser Tatsachen bleibt für einen ehrlichen Klassenkämpfer nur der Austritt aus dieser Partei, die der Konterrevolution den Weg ebnet.“ Zum Schluß heißt es dann: „Als alter Spartakuskämpfer habe ich für meine Überzeugung Zuchthaus, Gefängnis und Festung erduldet. Zum 1. Mal rufe ich allen Klassenbewußten Arbeitern zu: Laßt ab vom Bruderkampf! Stellt die Einheit der Arbeiterklasse her! Tretet ein in die Reihen der Sozialdemokratischen Partei!“

Streiks und Aussperrungen.

Nach einem Bericht des Reichsarbeitsministeriums war in den verfloffenen Jahren folgender Ausfall an Arbeitstagen durch Arbeitskämpfe zu verzeichnen:

Jahr	Verlorene Arbeitstage durch		Insgesamt
	Streik	Aussperrung	
1924	13 198 470	22 663 111	35 861 581
1925	11 259 074	5 845 933	17 104 997
1926	891 606	513 269	1 404 875
1927	2 872 809	3 133 141	6 005 950
1928	3 332 383	7 118 095	10 450 478
	31 554 332	39 273 549	70 827 881

Lohn- und Tariffbewegungen, Streiks und Aussperrungen.

Stettin. Gewerkschaftszentrum. Nachdem wir den bestehenden Lohnvertrag mit der Zuckervertriebsgesellschaft der baltischen Rübenzuckerfabriken m. b. H., Stettin (Pommersche Provinzial-Zuckerrübenfabrik) gekündigt hatten, reichten wir am 15. März 1929 Forderungen auf Erhöhung der Löhne für die verschiedenen Gruppen ein. Den Arbeitgeberverband lehnte jede Lohnerbhöhung ab und wir riefen den Schlichtungsausschuß Stettin zur Entscheidung an. Dieser fällt in der Sitzung am 10. April folgenden Schiedspruch:

„Von der laufenden Lohnwoche an erhöht sich der Stundenlohn für ungelernete Arbeiter um 4 Pf. Gelernete Arbeiter erhalten 25 Prozent mehr als ungelernete, angelernte 5 Prozent mehr als ungelernete Arbeiter. Der Lohn der Arbeiterinnen beträgt 65 Prozent des Lohnes der ungelerneten Arbeiter. Bruchteile von einem halben Pfennig und darüber sind aufzurunden. Dieses Lohnabkommen kann mit zweimonatiger Frist, erstmalig zum 30. September 1930, gekündigt werden.“

Erklärungsfrist: 17. April d. J.

Nichterklärung gilt als Ablehnung.

gez. Dr. Schürmann.

Dieser Schiedspruch wurde von uns angenommen, wenn er auch allen Gruppen nicht zusagte. Die Arbeitgeber lehnten ihn ab. Eine Versammlung am 19. April, an der zwei Schichten teilnahmen, beschloß mit 134 von 203 Stimmen, die Verbindlichkeit beim Schlichter zu beantragen. Die kommunistische „Volksmacht“ brachte am 24. April einen Artikel, in welchem die tatsächlichen Verhältnisse vollkommen verdreht werden. Sie schreibt, daß die Arbeiterinnen eine Lohnerbhöhung von 2 Pf. pro Stunde erhalten sollen. Die Löhne in diesem Betriebe seien hundsmiserabel, nur ein geringer Teil erhalte höhere Löhne. Wir stellen fest, daß nur ungefähr ein Viertel der Beschäftigten die Grundlöhne der Angelernten erhalten. Außerdem wird angeführt, daß der Stettiner Bonje Lerfow in der niederträchtigsten Weise gegen den Streik gehet. Man kann es allerdings verstehen, wenn einzelnen gemeingefährlichen ultraradikal eingestellten Heßkopfen das Konzept verborben ist. Auf die übrigen Anwürfe wollen wir nicht eingehen, weil es uns widerspricht, uns der gleichen Tonart zu bedienen. Die Verhandlung vor dem Schlichter fand am Montag, dem 22. April, statt. Es erfolgte zwischen beiden Parteien eine Vereinbarung, wonach die Löhne, die der Schiedspruch vorsieht, bis zum 31. Dezember 1930 laufen. Die Löhne sind nicht schlechter, als die in anderen Stettiner Industrien. Wenn diese im allgemeinen nicht höher sind, so können wir das der bestehenden Tätigkeit der Kommunisten in den zurückliegenden Jahren zuschreiben. Die Löhne der einzelnen Gruppen sind folgende: ungelernete Arbeiter, bisher 68, jetzt 72 Pf. pro Stunde; angelernte Arbeiter, bisher 71, jetzt 76 Pf. pro Stunde; weibliche Arbeiter, bisher 41, jetzt 47 Pf. pro Stunde; Handwerker, bisher 82, jetzt 90 Pf. pro Stunde. Am Dienstag, dem 23. April, fanden zwei Betriebsversammlungen für drei Schichten statt, in denen die Vereinbarungen vor dem Schlichter einstimmig gutgeheißen wurden. Es bedarf, wie aus dem Bericht zu ersehen, nicht des revolutionären Zusammenschlusses, um die Uneinigkeit herbeizuführen. Wer heute als Gewerkschaftler die Richtlinien der kommunistischen Partei und der Berliner Konferenz befolgt, handelt verbrochenerisch an der Arbeiterbewegung und gehört nicht in die Gewerkschaft. R. Lerfow.

Genossenschaftsbewegung.

Die GGG im Jahre 1928.

Der Jahresumsatz stieg bei der GGG. um fast 20 Prozent auf 444,3 Millionen. Der Gesamtumsatz vor fast 445 Millionen entspricht einem Lageumsatz von rund anderhalb Millionen Mark. Besonders erfreulich ist die Steigerung der Eigenproduktion bei der GGG. Sie betrug im letzten Jahre 104,7 Millionen, also fast 66 Prozent mehr als im Jahre 1927. Da die Eigenproduktion 1926 erst einen Umsatz von 45,7 Millionen aufwies, ist in den zwei Jahren eine Umlageleistung von weit mehr als 100 Prozent zu verzeichnen. In der Eigenproduktion sind die Lebens- und Genussmittel mit 72,3 gegen 36,3, die Bedarfsartikel mit 26,3 gegen 22,2 und die

Zerfallen mit 5,5 gegen 4,6 beteiligt. Den größten Anteil an der Eigenproduktion der Lebensmittel nimmt die Mühle in Magdeburg mit 20 Millionen Umsatz ein, die Fleischwarenfabriken weisen 17,6 Millionen, die Teigwarenfabriken annähernd 5 Millionen, die Kakao- und Schokoladenfabriken mehr als 7 Millionen, die Konfektfabrik fast 5 Millionen und die zusammengefaßten Tabakbetriebe rund 12 Millionen Umsatz auf.

Im Schlusse des Berichtsjahres stand die GEG. im regelmäßigen Geschäftsverkehr mit 1033 Konjunkturgenossenschaften. Der Gesamtumsatz der Vereine hat mit 1,12 gegen 0,99 Milliarden Mark im Vorjahr erstmalig die Milliardenengrenze überschritten. Die Steigerung betrug 13,5 Prozent.

Von dem Reingewinn des letzten Jahres in Höhe von 4,3 Millionen Mark erhält das eingezahlte Stammkapital wieder 5 Prozent, während 2 Millionen zur Stärkung dem Reservefonds und eine weitere Million dem Produktionsfonds zugeführt werden. Damit erhöht sich die Gesamtreserve der GEG. auf mehr als 17 Millionen. Die Anlagevermögen sind im letzten Jahr von 18 auf 25,7 Millionen gestiegen, obwohl die Abschreibungen auf Grundstücke und Gebäude, die im letzten Jahr wieder 3 Millionen betragen, und für Maschinen und Inventar auf 5,6 gegen 4,7 Millionen erhöht wurden.

Einen sehr starken Zuwachs weisen die Bankeinlagen auf, die gegenüber einem Höchststand von 77,1 Millionen im Jahre 1927 im Berichtsjahr einen Höchststand von 103,3 Millionen erreichten.

Der gesamte Personalbestand ist von 6038 auf 7372 Personen im letzten Jahr gestiegen, wovon 3829 weibliche und 3543 männliche Arbeitskräfte waren. In einer Zeit also, wo in der Wirtschaft vielfach Abbaumaßnahmen getroffen wurden, konnte die GEG. ihren Personalbestand um rund 21 Prozent erhöhen.

Wachsende genossenschaftliche Treue.

In den letzten vier Jahren haben die Konsumvereine des Zentralverbandes rücksichtslos all die „Laufkundschaft“ abgestoßen, die sich in der Inflationszeit ihnen aufgedrängt hatte, um ausreichend und billig versorgt zu werden. Viele Tausende von „Papieroldaten“ sind aus den Mitgliederlisten gestrichen worden. Auch im Geschäftsjahr 1927/28 ist diese Säuberungsarbeit energisch fortgesetzt worden.

Die Mitgliederzahl der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes ging von 2 909 969 auf 2 803 232, also um 106 737, zurück. Erfreulicherweise ist aber der Zustrom neuer Mitglieder so stark, daß in kurzer Zeit der Ausfall wieder gedeckt sein wird.

Mit großer Genugtuung kann festgestellt werden, daß der „Stamm“ der Mitglieder — das sind immerhin rund 1 100 000 mehr als im letzten Vorkriegsjahre — sich immer fester um die Genossenschaften schart. Der Durchschnittsumsatz je Mitglied ist von 302 Mk. auf 373 Mk. gestiegen; die Steigerung beträgt also 23,5 Prozent, während im Vorjahre nur 6,8 Prozent, 1926 nur 5,2 Prozent betrug. Gegenüber dem letzten Vorkriegsjahre, das einen Durchschnittsumsatz von 287 Mk. aufwies, betrug die Erhöhung 30 Prozent. Es ist also auch bald wieder der damalige Stand erreicht, wenn man die Geldentwertung berücksichtigt.

Ganz besonders wertvoll ist auch, daß sich der Umsatz in Erzeugnissen der Eigenproduktion rasch hebt. Er stieg von 83 Mk. auf 107 Mk., gegen 62 Mk. im Jahre 1914. Die Verbraucher werden also in schnell wachsendem Maße ihre eigenen Fabrikanten. Fast 29 Prozent ihrer Warenentnahme stammt aus konjunkturgenossenschaftlichen Betrieben.

Mit der steigenden genossenschaftlichen Treue wird auch die Ausnutzung der Verteilungsräume eine glücklichere. Die Zahl der Verteilungstellen erhöhte sich nur von 9230 auf 9605, aber der Durchschnittsumsatz je Verteilungstelle, der im Vorjahre nur um rund 10 000 Mk. stieg, erhöhte sich von 95 461 Mk. auf 108 898 Mk., also um reichlich 13 000 Mk. und um ebensoviele über den Höchstdurchschnittsumsatz der Vorkriegszeit.

So belohnt zielbewußte genossenschaftliche Betätigung der Mitglieder sich selbst.

Rundschau.

Ein ernstes Bild.

In der Nummer 166 der „Frankfurter Zeitung“ wird die Veränderung im Aufbau der deutschen Wirtschaft in der Bevölkerung usw. untersucht. Es wird zutreffend geschildert, wie tiefgehende Umwälzungen die letzten 20 Jahre gebracht haben. Der Artikel schließt mit folgendem Ergebnis:

„Zunahme der sozialen Abhängigkeit, Verengung des Lebens und Verkümmern der Lebensansprüche, wie Briefs es nannte. 70 Prozent proletarisierte Arbeiter und Angestellte im Handel und Verkehr, 85 Prozent dem gleichen sozialen Losse Verurteilte in Industrie und Handwerk, und in der Industrie allein natürlich eine noch viel höhere Zahl. Ein ernstes Bild.“

Jawohl, es ist ein ernstes Bild, das uns ein Überblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse des neuen Deutschlands vermittelt. Zugleich aber eine ernste Mahnung, daß bei einer solchen gewaltigen Entwicklung zur Proletarisierung der Zusammenhalt der Bevölkerung eine Lebensnotwendigkeit bedeutet. Wenn schon die übergroße Mehrzahl der Bevölkerung von dem Verfügungsrecht über die Produktionsmittel ausgeschlossen wird, so hat sie doch aber immer noch ihre Menschenrechte zu verteidigen. Und das ist nur möglich durch das Mittel der Organisation.

Der Verdauungsschnaps.

Von Dr. med. G. Jäger.

Ein Glaschen Likör oder Weinbrand nach einem üppigen Mahl oder nach schwer verdauten Speisen gehört zu den festgesetzten Gewohnheiten des Feinschmeckers, der darauf schwört, daß sie ihm für sein Wohlbefinden unerlässlich notwendig seien. Die moderne Ernährungswissenschaft freilich sieht diese Sache in einem ganz anderen Licht. In früheren Jahrhunderten, als bei Adel und Bürgertum noch üppige Schmausereien Mode waren, gab es diese „Verdauungsschnaps“ nicht, denn der Branntwein hat sich erst Ende des 15. Jahrhunderts allmählich eingebürgert. Die Menschen jener Zeit mußten also auch ohne diese Hilfe auskommen.

Die Ernährungswissenschaft sagt heute Magen und Darm als die Innenhaut des Menschen an, und man weiß, daß die Schleimhäute des Magens und des Darms ebenso Schädigungen ausgesetzt sind, wie die Außenhaut. Wie die Haut ihre Schutzvorrichtungen hat, um den menschlichen

Organismus gegen die Außenwelt abzuschließen, so auch die Schleimhäute der Innenorgane. Hinzukommen noch die Darmbakterien, die als normale Bestandteile des Darms diesen Schutz gewissermaßen verstärken. Man hat im Kriege gesehen, welchen verderblichen Einfluß eine erzwungene Ernährungsveränderung auf die Darmbakterien und die Schleimhäute des Magens und des Darms ausüben kann. Die Schleimhäute des Magens und des Darms sind nun nicht nur Absonderungsorgane für Verdauungssäfte, sondern saugen auch aus dem halb oder ganz verdauten Inhalt des Magens und Darms die Substanzen auf, die zur Ernährung notwendig sind. Selbstverständlich müssen diese Substanzen durch die chemisch wirkenden Verdauungssäfte sowie in lösliche und körperlische Form gebracht sein, daß sie im Körper keine Giftwirkung ausüben können. Was aber ist der Fall, wenn z. B. Eiweißstoffe, also Abbauprodukte des Fleisches und anderer eiweißhaltiger Substanzen, nicht weitgehend abgebaut sind.

Hier zeigt sich nun die Wirkung des Verdauungsschnaps in einem ungünstigen Licht. Alkohol — besonders in hoher Konzentration als Likör oder Weinbrand — fördert die Lösung und Aufsaugung unvollkommen abgebauter Eiweißprodukte. Die Folge davon ist, daß diese, im Körperinneren giftig wirkenden, blutfremden Eiweißstoffe in vermehrter

Was der Kapitalismus verhindert.

Selbstverständliche und leicht erfüllbare Menschenpflicht ist die Beseitigung aller Not und drückenden Armut; die Kosten eines Rüstungsjahres würden ausreichen, um die Blutschuld der Gesellschaft zu tilgen, die heute noch den Hunger und seine Sünden in ihrem Schoß duldet. Doch diese Aufgabe ist so einfach, so mechanisch, trotz ihrer herzerreißenden Dringlichkeit so trivial, daß sie eher der polizeilichen als der ethischen Vorhut zugeschrieben werden sollte. Was darüber hinausgeht, bleibt im letzten Sinne gleichgültig. Noch immer zengt und trägt die Erde so viel, daß der Gesamtheit Nahrung, Kleidung, Werkzeug und Muße zur Genüge erwächst, sofern sie nur in rechtem Maße schaffen, verbrauchen und genießen will.

Walter Rathenau.

Menge die Wände der Verdauungsorgane passieren und im Körper, d. h. besonders in der Blutbahn, erst eine weitere Veränderung, man kann ruhig sagen Entgiftung, durchmachen müssen. Die Entgiftung geht aber zweifellos mit einer Schädigung der Blutgefäßwände einher, an die sich jener Komplex von Krankheitsphänomenen: Hochdruck, Arterienstarre usw., anschließt, der als Arterienverkalkung bekannt ist. Auch dem Kaffee ist diese nachteilige Wirkung eigen, und auch hier sieht man, daß durch Kaffeetrinken die Verdauungsschleimhaut für Verdauungsprodukte durchlässig wird, gegen die sich normalerweise der Körper durch die feinsten Einrichtungen wehrt.

Aber nicht nur Arterienverkalkung kann die Folge des Likör- und Kaffeegenusses nach Tisch sein, auch andere Krankheiten, die sich aus der Aufnahme von körperfremden Eiweißprodukten entwickeln, können dadurch entstehen oder sich verschlimmern. Daher ist der häufigere Genuß von Likör oder Kaffee nach den Mahlzeiten eine zwar wohlgeschmeckende, aber sehr unzweckmäßige Gewohnheit, die Menschen, die an sich zu Arterienverkalkung neigen, ganz besonders unterlassen sollten. Das angenehme Gefühl, das der Likörgenuß nach dem Essen vermittelt, hat seine Ursache ausschließlich in dem Wärmegefühl des Magens, das durch die leichte Ätz- und Betäubungswirkung des Alkohols auf die Schleimhaut entsteht, hat aber mit einer besseren Verdauung der genossenen Speisen nicht das mindeste zu tun.

(„Zeitungsdienst“, Berlin-Dahlem.)

Die Sprache des Stumpfsinnes.

Das Zentralblatt für das deutsche Gastgewerbe brachte im vorigen Jahre diesen Weckruf an das deutsche Volk:

„Deutschland, wache auf! Schätze jeder Deutsche Bier, Wein und Schnaps! Die einzig echte Freude, die uns seit alters beschieden, soll uns von Jüden, Albinen und Wasserwaischen geradelt werden. Was ist unser Leben ohne Bier, Wein und Alkohol? Ein Kind ohne Milch, ein Mann ohne Bier, ein Weib ohne Wein. Diese bringen erst die Seele in den Körper. Die Existenz des Deutschen Reiches ist ohne Bier, Wein und Alkohol erledigt. Wo wird das Geschick, die Politik, die Fremdschaff, die Heirat, der Kauf, der Handel geschaffen und betrieben? Nur im Gasthaus beim deutschen Tische.“

Diese herrlichen Deutschen mit einer Bier- oder Schnapsseele verschwinden glücklicherweise immer mehr. Früher, vor einigen Jahrzehnten, als es noch nicht die ausgedehnten Arbeiterorganisationen gab, konnte man die Alkoholseelenbesitzer sehr oft im Kaminstein finden. (Das Zitat haben wir der „Geistesfreiheit“ Nr. 4 vom 1. April 1929 entnommen.)

Verbandsnachrichten.

Die Abrechnung vom 1. Quartal 1929 haben eingesandt:

- Gau 1. Jalkersleben, Frieden, Grünplan, Hameln, Lachendorf, Lübbecke, Rinteln, Alzen.
Gau 2. Wismar, Gardelegen, Rogätz.
Gau 3. Kistrin, Pöstin, Raddiß, Sperenberg, Vellien, Vorkem, Jechenitz.
Gau 4. Kolberg, Schwann, Stargard, Treptow-L., Wittenburg.
Gau 5. Danzig.
Gau 6. Magdeburg, Oertritz.
Gau 7. Markranstädt, Wechselburg, Jitzkau.

- Gau 8. Alstedt, Eisenberg, Fehrenbach, Frauenth, Grenchen, Neumerk, Sonneberg, Triptis.
Gau 9. Altmberg, Kronach, Rehat.
Gau 10. Lenting, Marienfeld, Neuburg, Rosenheim, Tärkheim.
Gau 11. Altrach, Freiburg, Forzheim, Kottswell, Singen.
Gau 12. Rokenhausen, Zweibrücken.
Gau 13. Darmstadt, Gießen, Kassel, Worms.
Gau 14. Andernach, Summersbach.
Gau 15. Brake, Elsfeld, Leer, Lübeck, Lönning, Wesermünde.
Gau 16. Dortmund, Sothen, Scherneck, Schenkerfeld, Wesel, Würgendorf, Essen, Gerthe, Annen.

Ausgeschloffen

wurden auf Grund des § 14, Ziffer 3a, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5, unseres Verbandsstatuts die Mitglieder der Zahlstelle Dresden: Bernhard Werner, Buch-Nr. 23 237; Kurt Stork, Buch-Nr. P. 11 273; Richard Menzel, Buch-Nr. P. 76 261; Paul Berger, Buch-Nr. P. 20 907; Erich Klemm, Buch-Nr. SII. 736 088; Adolf Schulze, Buch-Nr. P. 122 987; Paul Richter, Buch-Nr. SII. 749 199; Paul Gruner, Buch-Nr. P. 20 911; Willy Böhme, Buch-Nr. P. 38 070; Artur Wustmann, Buch-Nr. P. 10 228; Rudolf Hantschel, Buch-Nr. S25 786; Max Kern, Buch-Nr. S46 526; und das Mitglied der Zahlstelle Hamburg Karl Kühmann, Buch-Nr. S II 731 112.

Mitgliedsbuch und Stempel gestohlen.

Durch Einbruch in unser Zahlstellenbureau in Olaf wurde das Mitgliedsbuch Nr. SII 296 887 für Johannes Piesche, geboren am 29. 12. 1892 in Rumburg, gestohlen. Für den Fall, daß dieses Mitgliedsbuch irgendwo vorgezeigt wird, ist es anzuhalten und wenn möglich der Inhaber der Polizei zu übergeben.

Bei diesem Einbruch wurden auch einige Stempel entwendet, und zwar: ein Stempel „Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Olaf“, ein Stempel „Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Keramischer Bund, Zahlstelle Olaf“ sowie ein Stempel des Ortsausschusses des ADGB, Olaf. Falls Mitglieder Schriftstücke, gleich welcher Art, mit diesen Stempeln zu Gesicht kommen, sind sie anzuhalten und an uns einzusenden. Auch müssen die Inhaber dieser Schriftstücke festgestellt werden.

Stadtdendorf.

Die ausgeschriebene Stelle ist besetzt. Gewählt wurde der Kollege Otto Lehmann aus Fürstenberg a. d. Weser. Allen Bewerbern besten Dank. [2,50 M.]

Zahlstelle Meissen.

Zum Lokalbeamten unserer Zahlstelle wurde der Kollege Alex Henschel (Limmrich-Döbeln) gewählt. Allen Bewerbern besten Dank. [2,50 Mk.]

Literarisches.

Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts und der Landesarbeitsgerichte (Wensh, Samml.). Von dieser vielbenutzten, in allen arbeitsrechtlichen Kreisen eingeführten Sammlung ist soeben das 1. Heft des V. Bandes erschienen; in bewährter Weise zuverlässig und übersichtlich bearbeitet von den bekannten Herausgebern Dersch, Falow, Gersfel, Huck und Ripperden. 31 Entscheidungen des RAOG sind in dem Heft vollständig wiedergegeben und hinsichtlich ihrer praktischen Bedeutung kritisch gewürdigt; außerdem 6 LAOG-Entscheidungen. Diese große Anzahl höchst richtiger Erkenntnisse erweist am besten, wie notwendig für den Praktiker es ist, sich an Hand dieser Sammlung laufend über das Neueste auf arbeitsrechtlichem Gebiet zu unterrichten. Sehr vorteilhaft sind zu diesem Zweck die ausführlichen Register. Das letzte Heft des IV. Bandes zeigte auch zum ersten Male die schon angekündigte wichtige Neuerung: In einem Anhang enthält es 6 arbeitsrechtlich bedeutsame Entscheidungen des Reichsversicherungsamts und des Spruchsenats für die Arbeitslosenversicherung. Die Sammlung erscheint in dem bekannten juristischen Verlag J. Benzheimer in Mannheim. Der Bezugspreis für das Heft beträgt je nach Umfang 3 bis 4 Mark.

Gute und schnelle kommunalpolitische Information braucht jeder Kommunalpolitiker. „Die Gemeinde“ ist für ihn die unentbehrliche aktuelle Zeitschrift. Nr. 5 bringt einen sehr eingehenden Artikel von Dr. Herz, MdR., über die Bedeutung des neuen Reichstatuts für Länder und Gemeinden. Die Zukunftsprognosen des Reiches und der Länder heißt ein anderer Artikel. Über die Verstaatlichung der bayerischen Polizei berichtet Bürgermeister Treu, Nürnberg. Die Anfänge der oberbayerischen Gasfernversorgung werden von einem Stadtverordneten aus Weihen geschildert. Ein weiterer Artikel bespricht die „Mitwirkung der Schulverbände bei der Anstellung von Volksschullehrern“. Für die kleinen Gemeinden bringt die Arbeit über kleinstädtische Mittelschulen viel Material.

Dr. med. R. Neubert: „Der Mensch und der Sport.“ (Deutscher Verlag für Volkswohlfahrt, G. m. b. H., Dresden.) 51 Seiten, 27 Abbildungen, Preis 25 Pf. Sport ist Tramp! Selbst in das entlegenste Dorf schlägt ein letzter Zipfel dieser „Kulturwelle“. Was ist's nun um den Sport? Wer das rasch wissen will, wer den tieferen Sinn der Leibesübungen, ihren Kulturwert und den segensreichen Einfluß planvoller körperlicher Betätigung auf die Gesundheit in einer halben Stunde sich klarmachen möchte, der muß das Schriftchen von Dr. Neubert lesen.

Der Rechtsstreit im Arbeitskampf der westdeutschen Eisenindustrie, der bisher größte Rechtsstreit vor den neuen Arbeitsgerichtsbehörden, beendet durch das Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 22. Januar 1929, hat in allen Rechts- und Wirtschaftskreisen zu lebhaften Erörterungen über eine Reform des Schlichtungswesens Anlaß gegeben. Sehr dankenswert ist es daher, daß die beiden bekannten Verlage J. Benzheimer (Mannheim, Berlin, Leipzig) und Reimar Hobbing (Berlin) das dokumentarische Gesamtmaterial zu diesem Rechtsstreit soeben vollständig in einem stattlichen Band (364 Seiten, 8 Mk.) herausgebracht haben. Unter Wahrung vollster Objektivität haben die Herausgeber, die Rechtsanwältin Grauert, Schoppen und Dr. Mansfeld (Essen), alles veröffentlicht, was arbeitsrechtlich oder sozialpolitisch eine Rolle gespielt hat. Neben dem Urteil des Reichsarbeitsgerichts sind die Urteile der Vorinstanzen, die Schriftsätze der Vertreter der Parteien, die Gutachten der namhaftesten Rechtslehrer und alle anderen Materialien enthalten. Grundprobleme des Arbeits- und namentlich des Schlichtungsrechts sind erörtert, wichtigste staatspolitische und arbeitsrechtliche Probleme unserer Zeit behandelt.

In ihrem Aprilheft veröffentlicht die „Sozialistische Bildung“ eine Vortragsabhandlung von W. Künemann über „Arbeiter- und Hauswirtschaft“, einen Aufsatz von Otto Jensen „Die Parteigeschichte in der Arbeiterbildung“ und zwei interessante Artikel von Eduard Bernstein „Die kulturell-erzieherische Bedeutung der Lehre vom Klassenkampf des Proletariats“ und von Oscar Gröner: „Die bildende Kunst und ihre Bedeutung für das Proletariat“. — Aus dem Aprilheft der „Sozialistischen Erziehung“ sind hervorzuheben die von einer Kommission der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer ausgearbeiteten Leitfäden über „Berufsbildungswesen“ und „Berufsausbildungsgesetz“. Die „Sozialistische Bildung“ mit ihren Beilagen „Wächterwarte“ und „Sozialistische Erziehung“ ist zum Preise von 1,50 Mk. für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Aus der Industrie

Quantitative Industrie

Arbeiter 1000 Mk. Reingewinn und 867 Mk. Dividende.

Die Vereinigten Glanzstoff-Fabriken, A.-G., legen ihre Bilanz vor. Wie immer widerspiegelt sie ein glänzendes Geschäft. Der Rohgewinn auf das Fabrikationskonto betrug 24,8 Millionen Mark, der Reingewinn einschließlich Vortrag 13,83 Millionen Mark. 18 Prozent auf 60 Millionen Mark des Aktienkapitals und 9 Prozent auf 15 Millionen Mark des Aktienkapitals werden als Dividende ausgeschüttet. Da Glanzstoff rund 14 000 Arbeiter beschäftigt, so entfällt auf jeden Arbeiter nach reichlichen Abschreibungen usw. ein Reingewinn von rund 1000 Mark. Würde man den Betrag, der zur Dividende erforderlich ist (12,15 Millionen Mark), an die Arbeiter und Angestellten verteilen, so würde jeder der Beschäftigten die nette Summe von 867 Mark erhalten. Der Reservefonds ist genau so hoch wie das Aktienkapital, nämlich 75 Millionen Mark. Die Rentabilität des Kapitals in der Kunstseidenindustrie gibt ein drastisches Bild von dem überhöhten Mehrwert der Arbeitskraft, der in die Taschen internationaler Kapitalisten fließt.

Semberg und Glanzstoff sperren in ihren amerikanischen Betrieben aus.

Aus amerikanischen Berichten erfahren wir, daß die American Semberg Co. und die American Glanzstoff Corporation in Elizabethtown ihre Betriebe seit Dienstag, den 16. April, geschlossen haben, d. h. mit anderen Worten, ihre Arbeiter aussperren, nachdem die Arbeiter in einzelnen Abteilungen Forderungen erhoben haben. Da die Firma die Forderungen ablehnte, haben die Arbeiter dieser Abteilungen die Arbeit niedergelegt, und das gab der Firma Veranlassung zu der Ausspernung. In dem Originalbericht der amerikanischen Blätter wird darauf hingewiesen, daß die Arbeiter sich durch auswärtige Agitatoren verbeugen ließen. Die Ausbeutungsbestrebungen der Kunstseidenindustrie sind in allen Ländern gleich rücksichtslos. Hier wie dort müssen die Arbeiter gegen vermehrte Ausbeutung und gegen den Lohnrückgang der glänzend verdienenden Kunstseidenindustriellen kämpfen. Hoffen wir, daß die Arbeiter das Ziel ihrer Forderungen erreichen. R. S.

Verflechtung zwischen I.-G. Farbenindustrie und Standard-Oil.

Die Öffentlichkeit beschäftigt sich seit einiger Zeit mit dem Zweck einer Amerikareise maßgebender Persönlichkeiten aus der I.-G. Farbenindustrie. Die I.-G. Farbenindustrie hat nunmehr selbst gemeldet, daß eine Anzahl von Vorstandsmitgliedern der Gesellschaft seit einigen Wochen in den Vereinigten Staaten gewest haben. Während ihres Aufenthaltes in Amerika wurden umfangreiche Verhandlungen mit der Standard-Oil-Company von New Jersey gepflogen. Das Ziel der Verhandlungen war ein Zusammenarbeiten beider Gesellschaften auf breiter Grundlage. Bekanntlich wurde schon vor zwei Jahren eine Verständigung zwischen beiden Gesellschaften erzielt, derzufolge beide Gesellschaften ihre Erfahrungen auf dem Gebiete der synthetischen Benzinherstellung austauschten und gemeinschaftliche Versuche durchführten. Nunmehr ist es zum Abschluß eines vollständigen Arbeitsprogramms gekommen, wonach die neuen Verfahren allgemein eingeführt und von beiden Gesellschaften angewendet werden können.

Diese nüchternen Angaben können leicht über den wahren Umfang und Wert der Vereinbarung hinwegtäuschen. Die Kohlehydrierung, also die direkte Verflüssigung der Kohle, wird als wissenschaftliche deutsche Tat gefeiert. Das deutsche Chemiekapital, vertreten durch die I.-G. Farbenindustrie, hat aber die Weltwirtschaftsprobleme viel zu gut begriffen, um diese Tat allein für Deutschland auszuwerten. Durch internationale Vereinbarungen und finanzielle Beteiligungen läßt sich größerer Profit herausziehen als bei Einschränkung des Verfahrens auf Deutschland.

Durch die Verständigung dürften Konkurrenzfragen der deutschen chemischen Industrie und der amerikanischen Ölindustrie kaum berührt werden. Die amerikanischen Ölproduzenten haben auf dem Weltmarkt ein fast unbegrenztes Absatzgebiet. Die Herstellung von Kohlenöl bei der I.-G. Farbenindustrie in Deutschland ist so gering, daß sie für die Gesamtproduktion an Mineralölen kaum ins Gewicht fällt. Auf dem Weltmarkt kann die I.-G. Farbenindustrie mit ihren synthetischen Dien nicht erscheinen, da noch bedeutende Erweiterungen nötig sind, um nur den deutschen Markt mit künstlichem Benzin zu versorgen. Die Interessen der Standard-Oil-Company liegen auf anderem Gebiete. Das Hydrierungsverfahren der I.-G. Farbenindustrie ist nicht nur zur Verflüssigung der Kohle verwendbar, sondern dient auch zur Umwandlung der schweren Mineralöle in Benzin. Das Hydrierungsverfahren stellt eine Verbesserung des bisher gebräuchlichen Crackverfahrens dar, wobei größere Mengen Schwefel in Benzin verwandelt werden konnten. Durch die Hydrierung ist die Ansichte an Benzin ganz bedeutend erhöht worden, so daß die Standard-Oil-Company durch Anwendung des Hydrierungsverfahrens viel größere Mengen von Benzin auf den Markt werfen kann.

Aber damit dürfte die Bedeutung der Vereinbarung noch nicht erschöpft sein. Bei der Hydrierung lassen sich je nach Bedarf bestimmte Endprodukte erreichen. Heute schon spielen synthetische Schmieröle aus Kohle eine bedeutende Rolle, weil diese Schmieröle bevorzugte Eigenschaften besitzen. Außerdem kommt ja als Hydrierungsprodukt auch Naphthen, der Grundstoff für künstliches Gummi, in Betracht. Durch die enge Verbindung der I.-G. mit der Standard-Oil-Company kann also auch der Kampf der amerikanischen Gummiindustrie gegen die englische Kautschukplantagenwirtschaft in andere Bahnen

gelenkt werden. Durch Inanspruchnahme der ungeheuren Mengen amerikanischen Erdöls ist es immerhin möglich, die englische Vorherrschaft auf dem Kautschukmarkt zu brechen. Diese Ansicht gewinnt an Wahrscheinlichkeit durch die Vorgänge in der deutschen Gummiindustrie, deren Zusammenlegung ohne augenblickliche Kapitalerhöhung erst möglich wurde, weil die amerikanische Gummiindustrie 8 Millionen Mark Conti-Aktien zum Zwecke der Vereinigung abgestoßen hat.

Danebenher laufen noch andere Interessen. Man weiß, daß die durch Hydrierung gewonnenen höheren Alkohole im Kontaktverfahren zu Fettsäuren oxydiert werden können und daß dadurch beliebige Mengen Rohstoff für die Seifenindustrie zu erzeugen sind. Es darf auch nicht vergessen werden, daß das noch stark entwicklungsfähige Gebiet der Nitrolacke die I.-G. Farbenindustrie mit der chemischen Industrie Amerikas zusammengebracht hat und daß auf diesen beiden Gebieten noch Pläne der Verwirklichung harrten, die sich evtl. gegen England richten können.

Es ist seit längerem auch bekannt, daß die von der I.-G. Farbenindustrie als Finanzierungsstelle gedachte Holding-Gesellschaft in der Schweiz nur den ersten Schritt der inter-



Wo ist der Feuermelder?

nationalen Befähigung darstellen sollte. Die mit Amerika schwebenden Verhandlungen zur Gründung einer amerikanischen Gelbbeschaffungsgesellschaft ließen die Expansionspläne der I.-G. Farben ahnen. Auch diese Gesellschaftsgründung ist nunmehr vollzogen. Wir werden darauf noch zurückkommen.

Außerordentlich wichtig ist aber, daß die sachverständigen Bevollmächtigten der I.-G. Farbenindustrie nach Abschluß der Verhandlungen direkt nach Ostafrika weitergereist sind, um die deutschen Interessen auch dorthin zu verpflanzen. Just zur selben Zeit wird gemeldet, daß ein Vertreter der südafrikanischen Regierung in Deutschland weilt, um der I.-G. Farbenindustrie Vorschläge zum Zusammengehen der I.-G. Farbenindustrie mit der südafrikanischen Regierung bei der Verflüssigung südafrikanischer Kohlen zu unterbreiten.

Aus alledem geht hervor, daß die I.-G. Farbenindustrie die größte und einflussreichste wirtschaftliche Weltmacht ist, die je existierte. Wir stehen aber erst am Anfang der Entwicklung. Die Kulturvölker der Welt müssen wachsam sein, daß sie nicht zu Schachfiguren der Wirtschaftspolitik der jetzt schon übermächtigen I.-G. Farbenindustrie werden. G. Haupt.

In den diesjährigen Lohnbewegungen in der chemischen Industrie.

Bei den jetzigen Lohnverhandlungen lehnten die Unternehmer zuerst fast auf der ganzen Linie Lohnserhöhungen ab, weil die chemische Industrie angeblich höhere Lohnbelastungen nicht tragen kann. Diese Angaben stehen mit allen Erfahrungen im Widerspruch. Die chemische Industrie hat in den letzten Jahren und selbst bei der letzten winterlichen Krise Geschäftserlöse nicht durchgemacht. Soweit Betriebe notleidend wurden, lag das weniger an Absatzschwierigkeiten für die betreffenden Produkte als vielmehr in der Umstellung der chemischen Industrie, wo durch neue Erfindungen überholte Produktionsmethoden ausgeschaltet werden konnten und die Produktion von der Mittel- und Kleinindustrie in die chemische Großindustrie verlegt wurde. Auch die Kriegsschäden sind für die chemische Industrie zum größten Teil überwunden; neue internationale Verbindungen sind geknüpft, und wo der durch den Krieg eingeengte Markt für bestimmte chemische Produkte nicht ganz zurückeroberbar werden konnte, trafen an Stelle des Verlustes neue chemische Produkte in weit größeren Mengen, die auch im Ausland Absatz fanden. Der deutsche Chemietrust, die I.-G. Farbenindustrie, hat durch seine Abschreibungs politik zwar nach außen hin die jährlichen Reingewinne erheblich herabgemindert, seine 12prozentige Dividende zengt aber von gutem Geschäftsgang. Andere chemische Gesellschaften, die in den letzten Jahren weniger gute oder keine Dividende zahlen konnten, sind in der Mehrzahl aller Fälle durch die Konkurrenz der I.-G. Farbenindustrie in eine bedrängte Lage gekommen. Chemische Werke, die unter der Konkurrenz der I.-G. Farben nicht leiden oder mit ihr gemeinschaftlich Geschäfte machen, haben auch in den Nachkriegsjahren nicht ungünstig abgesehen.

Wir haben auch früher schon darauf hingewiesen, daß die scheinbar ungünstige Lage für bestimmte chemische Fabriken durch eine Verkoppelung mit dem Bergbau und andere Industrieverbindungen entstanden ist. Nach Lösung dieser Verhältnisse ist im allgemeinen schnell eine Gesundung bei den chemischen Fabriken eingetreten.

Die letzten uns bekanntgewordenen Geschäftsabschlüsse lassen deutlich erkennen, daß es der chemischen Industrie gut geht und sie in der Lage ist, die unzureichenden Löhne der Arbeiter aufzubessern. Durch einige Stichproben wollen wir das beweisen. Die Saccharinfabrik, A.-G., vormalig Faber, List u. Co., in Magdeburg verteilt 8 Prozent Dividende. Die angeblich notleidende Lithoponeindustrie zahlt 12 Prozent Dividende, wie aus dem Geschäftsbericht der Sachleben-A.-G. für Bergbau und chemische Industrie hervorgeht. Die chemische Fabrik Schering-Kahlbaum, A.-G., die in den Vorjahren ohne Dividende blieb, weil die oberschlesischen Kokswerke den Verdienst einstrichen, hat nach ihrer kaufmännischen Trennung von den oberschlesischen Kokswerken im Vorjahre 12 Prozent Dividende zahlen können, die in diesem Jahre auf 12 Prozent angewachsen ist. Auch die Westf.-Anh. Spengstoff-A.-G., chemische Fabrik Berlin zahlt 12 Prozent Dividende. Die auf dem Gebiete der Photochemie neben der I.-G. Farbenindustrie führende Mimosa-A.-G. in Dresden schüttet ihren Aktionären sogar 18 Prozent Dividende in den Schoß.

Diese kleine Auslese, die beliebig vermehrt werden kann, läßt die Rentabilität der chemischen Industrie deutlich erkennen. Es ist immerhin ein bedenkliches Zeichen der Zeit, daß eine so glänzend gestellte Industrie der Öffentlichkeit zu sagen wagt, daß sie höhere Löhne infolge wirtschaftlicher Notlage nicht tragen kann. Bei den jetzigen Tariflöhnen müßte die öffentliche Meinung solche Argumente der Chemielehrer entkräftet zurückweisen, wenn dem deutschen Volke soziales Denken eigen wäre. Die Profitinteressen gehen der bürgerlichen Gesellschaft aber über alles, mögen auch die Arbeiter aus der schlimmsten Notlage nicht herauskommen. Trotzdem werden die Chemielehrer sich den notwendigen Lohn erringen. G. Haupt.

Papier-Industrie

Die Holzstofferzeugung im Jahre 1928.

Dem Lagebericht der deutschen Holzstoffindustrie über das Jahr 1928, der auszugswise in Nr. 14 des „Wochenblattes für Papierfabrikation“, Jahrgang 1929, wiedergegeben wird, entnehmen wir, daß im Juni 1928 für die Handelsholzschleifereibetriebe eine Trockenheit einsetzte, die sich in den folgenden Monaten katastrophal entwickelte, und erst im November 1928 der normale Wasserstand wieder erreicht wurde. In ihrer Dauer soll diese Trockenheit die des Jahres 1911 bei weitem übertrifft haben. Wenn trotzdem keine Holzstoffnot eingetreten sei, so müßte dies darauf zurückzuführen werden, daß die Papierfabrikation im letzten Jahrzehnt ihre eigenen Dampfschleifereien so stark ausgebaut habe, daß selbst Papierfabriken in der Lage waren, Holzstoff zum Verkauf zu stellen. Wir sehen hier die Entwicklung bestätigt, die wir bereits vor Jahren vorausgesagt haben und die dahin geht, daß die kleinen Wasserschleifereien infolge der technischen Entwicklung immer mehr zurückgedrängt werden. Der Bericht hebt deshalb auch hervor, daß die Schleifereien der Papierfabriken, soweit sie nicht mit Wasserkraft betrieben werden, voll ausgenutzt werden konnten.

Produktionssteigerung.

Wir bringen nachstehend die jährliche Produktionsentwicklung der deutschen Holzstoffindustrie für die Jahre 1900 bis 1928:

Jahr:	Jährliche Holzstoffproduktion in Tonnen:
1900	350 000
1905	736 700
1926	726 600
1927	817 600
1928	830 000

Diese Produktionszahlen beruhen auf Ermittlungen, die die wirtschaftsstatistische Abteilung des Zentralausschusses der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie vorgenommen hat. Aus den Zahlen ergibt sich, daß die Produktion von 1900 bis 1928 um 137,1 Prozent und von 1925 bis 1928 um 12,5 Prozent gestiegen ist.

Die Holzstoffzufuhr.

Seit Beendigung des Weltkrieges hat die Holzstoffzufuhr nach Deutschland im Jahre 1928 ihren Höhepunkt erreicht. Sie gestaltete sich seit 1924 folgendermaßen:

Jahr:	Holzstoffzufuhr in Tonnen:
1924	3 879
1925	149 009
1926	21 625
1927	37 693
1928	164 839

Die Holzstoffausfuhr.

Die Ausfuhr von deutschem Holzstoff bewegt sich dagegen in umgekehrter Richtung wie die Holzstoffzufuhr. Sie gestaltete sich seit 1924 folgendermaßen:

Jahr:	Holzstoffausfuhr in Tonnen:
1924	113 234
1925	57 851
1926	137 778
1927	42 069
1928	29 193

In den Ausfuhrziffern für 1927/28 befinden sich auch die Reparations-Sachlieferungen.

Papierholzpreise.

Anfang des Jahres 1928 betrug die Papierholzpreise etwa 19 Mk. per Raummeter ab Wald. In den Sommermonaten war ein Preisrückgang von 2 Mk. zu verzeichnen, so daß das Raummeter auf 17 Mk. zu stehen kam. Am Ende des Jahres 1928 hatten die Durchschnittspreise bereits 17,50 bis 18 Mk. per Raummeter wieder erreicht. Es handelt sich dabei um deutsche Inlandspreise.

Die Holzstoffpreise.

Die vom Ausschuss der deutschen Handelsholzstoffverbände festgelegten Richtpreise, die ab Schleifstation 17 Mk. per 100 Kilogramm betragen, wurden im Jahre 1928 trotz der vorübergehenden

Holzstoffknappheit infolge der schlechten Wasserverhältnisse nicht überwinden.

Bei den diesjährigen Frühlingslohnverhandlungen wurde auch von den Unternehmern mit der erhöhten Holzstoffzufuhr aus dem Ausland operiert, um damit die Notlage der deutschen Holzstoffindustrie festzustellen.

Daraus ergibt sich also mit aller Deutlichkeit, daß aus Angst vor den schlechten Wasserverhältnissen bei einem Teil der Holzstoffverbraucher eine gewisse Holzstoffhemmung einsetzte, die dann selbstverständlich zu der erhöhten Holzstoffzufuhr führen mußte.

G. Stübler.

Die Aktiengesellschaften der Papierindustrie im Jahre 1928.

Am 1. Januar 1928 waren in der Papiererzeugungsindustrie 140 Aktiengesellschaften mit einem Nennwertkapital von 258 Millionen Reichsmark vorhanden.

In der Papierverarbeitungsindustrie waren zu Beginn des Jahres 1928 62 Aktiengesellschaften mit einem Nennwertkapital von 24 Millionen Reichsmark vorhanden.

Die Verteilung der vorhandenen Aktiengesellschaften in der Papierindustrie auf die einzelnen Kapitalgrößenklassen am 31. Dezember 1928 ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Table with 5 columns: Größe des Aktienkapitals in RM., Papiererzeugung (Zahl d. A.-G., Nennwertkapital in Mill. RM.), Papierverarbeitung (Zahl d. A.-G., Nennwertkapital in Mill. RM.).

Nahrungsmittel-Industrie

Die günstige Lage der Zuckerindustrie.

Erst Ende des letzten Jahres wurden die Zuckerzölle erhöht und nun fordert die Zuckerindustrie eine Neuregelung der Zollgesetzgebung, die ihr eine weitere Steigerung der Zuckerpriese gestatten soll.

Die „Sentonia“-Umerke vor dem Reichsarbeitsgericht.

Das Reichsarbeitsgericht verhandelte am 20. April 1929 in einer Lohnmalage gegen die Firma „Sentonia“-Umerke.

getroffenen Maßnahmen infolge unvorhergesehener Ereignisse sofort hätten getroffen werden müssen, so daß es lediglich der in der Verordnung vorgesehenen, innerhalb von drei Tagen nachzubeholenden Anzeige bedurft hätte.

Die Arbeiter beantragten Abweisung der Klage. Sie bestritten, daß die Klägerin zu der von ihr getroffenen Maßnahme infolge unvorhergesehener Ereignisse gezwungen worden sei.

Nach all diesen Gründen verlangten die Arbeiter die Abweisung der Klage. Das Arbeits- und auch Landesarbeitsgericht in Harburg-Wilhelmsburg lehnten die Klage ab.

Das Reichsarbeitsgericht unter Vorsitz des Senatspräsidenten Degg verwarf die Revision als völlig unbegründet. Die Kosten des Rechtsstreits werden der Klägerin auferlegt.

Durch diese Entscheidung haben 700 Arbeiter Anspruch auf vierwöchige Lohnzahlung. Der Rechtsstreit hat mit einer großen Niederlage für die Klägerin geendet.

Verschiedene Industrien

Umsatzsteuerpflicht in der Hausindustrie.

III.

Im Abschnitt I dieser Abhandlung haben wir uns mit dem Begriff „selbständiger“ und „unselbständiger“ Gewerbetreibender befaßt und im Abschnitt II den Sachverhalt und die Entscheidung einer Umsatzsteuerbefreiung wiedergegeben.

In seiner Entscheidung vom 26. September 1923 stellte das Finanzgericht Rudolfsstadt fest, daß der Christbaumschmuckmacher als „selbständiger Unternehmer“ zu betrachten und daher mit Umsatzsteuer zu veranlagen sei.

Die vom Finanzgericht gezeigten Gesichtspunkte sind sehr verwandt mit denen, die von den Unternehmern auf den Gebieten der Sozialpolitik, des Arbeits- und Tarifrechts vertreten werden.

Die Christbaumschmuckmacher fertigen ihre „Muster“ selbst an! Dazu ist zu sagen: Als Muster kann nur die Neuschöpfung eines Artikels betrachtet werden, nicht die schon seit langem jedes Jahr wiederkehrenden Artikel.

„Der Christbaumschmuckmacher beschafft sich seine Rohstoffe selbst, die zu seiner Arbeit notwendig sind.“ Dazu ist zu sagen: Ob sich der Christbaumschmuckmacher die Rohstoffe selbst beschafft oder ob er sie vom Unternehmer geliefert bekommt, spielt gar keine Rolle.

gericht Rudolfsstadt aus dem Umstande, daß die Christbaumschmuckmacher die Rohstoffe selbst beschaffen müssen, den „selbständigen Unternehmer“ erkennen will, ist nicht erklärlich.

Die Rohstoffbeschaffung durch die Heimarbeiter, besonders der in Thüringen, ist eine alte Überlieferung, an welcher die Verleger, nicht die Heimarbeiter, festhalten.

Der Christbaumschmuckmacher steht mit „Händlern“ in Verbindung? Wenn der Verleger als Händler zu betrachten ist oder wenn das Finanzgericht den Verleger als Händler bezeichnen will, dann stimmt das. Gewiß ist der Verleger Händler.

Der Christbaumschmuckmacher kann arbeiten, „für wen er will“? Das kann er! Aber auch der Betriebsarbeiter kann arbeiten, bei wem er will.

Der Christbaumschmuckmacher trägt die „geschäftliche Gefahr“ für seine Tätigkeit. Das ist keineswegs der Fall. Dieses Merkmal in der Begründung des Finanzgerichtes nimmt Verwunderung.

„Die Hausgewerbetreibenden haben die wirtschaftliche Abhängigkeit mit dem Lohnarbeiter, die persönliche Selbständigkeit mit dem Gewerbetreibenden gemein.“

Hier kommt recht deutlich zum Ausdruck, daß der Hausgewerbetreibende nicht die geschäftliche Gefahr trägt, sondern sein Auftraggeber. Das ist auch tatsächlich so!

Das Finanzamt in Sonneberg macht bei Veranlagung zur Umsatzsteuer keinen Unterschied zwischen Hausarbeitern und Hausgewerbetreibenden, sondern alle zur Umsatzsteuer veranlagt.

„Es kann sich bei der Heimarbeit nur um kleine Betriebe handeln, bei denen der überwiegende Teil des Verdienstes aus der eigenen Arbeit des Heimarbeitenden am Stücke bezogen wird.“

Den Ausführungen Einzelheimers braucht nichts hinzugefügt zu werden. In seiner Definition liegt auch die Grenze zur Umsatzsteuerveranlagung in der Heimindustrie.

H. Elstein.

Literarisches.

„Der Rückblick“, eine illustrierte Wochenschrift der österreichischen Sozialdemokratie. Der Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie hat eine illustrierte Wochenschrift in großem Format herausgegeben.